

Arbeiterstimme

Einzelnummer 10 Pfennig

Tageszeitung der KPD / Sektion der Kommunistischen Internationale / Bezirk Ostfachsen
Beilagen: Der rote Stern / Bilder der Woche / Der proletarische Kulturkampf / Mensch und Energie
Proletarische Sozialpolitik / Für unsere Frauen / Der revolutionäre Jungarbeiter / Der komm. Genossenschaftler

Leserpreis: 1 Pf. (ohne monatlich 2 Pf.) Anzeigenpreis: 1000 Zeichen für die erste Zeile in der ersten Spalte. Dresden: 17250 / Vertriebspreis: 17250 / Dresden: 17250 / Vertriebspreis: 17250. Dresden: 17250 / Vertriebspreis: 17250. Dresden: 17250 / Vertriebspreis: 17250.

Anzeigenpreis: Die neuzeit gepostete Non-arrangierte oder deren Raum 4,50 RM. für die erste Zeile in der ersten Spalte. Dresden: 17250 / Vertriebspreis: 17250. Dresden: 17250 / Vertriebspreis: 17250. Dresden: 17250 / Vertriebspreis: 17250.

5. Jahrgang

Dresden, Donnerstag den 14. November 1929

Nummer 265

Der deutsche Botschafter in Moskau widerlegt Tatarennachrichten über Bauernnot

„Rote Fahne“ veröffentlicht sensationellen Geheimbericht Dircksens

„Klagen führt nur reiche Minorität. Die ärmere deutsche Landbevölkerung
schließt Frieden mit der Sowjetregierung“

Dresden, 14. November.

Seit einigen Tagen läßt die gesamte bürgerliche und sozialdemokratische Presse ihre Spalten mit Tatarennachrichten über die „Not der deutschen Bauern in der Sowjetunion“. Begonnen hat diese Kampagne das angeblich demokratische Organ Dresdener Neuzeit Nachrichten, von denen es die deutschsprachigen Nachrichten, der sozialistische Anzeiger und in den letzten Tagen auch die sozialdemokratische Dresdener Volkszeitung übernommen haben. Auf die ersten Meldungen antworteten wir schon vor einigen Tagen mit der Feststellung, daß die sogenannte „Sozialdemokratische Bauernbewegung“ lediglich die Aktion einer von religiösen Sekteln aufgeputzten und durch die sozialistische Entwürdigung in der Landwirtschaft ihrer bisherigen Positionen beraubten kleinen Minorität deutscher Kolonisten ist, die über die Wahlmanöver der Koalitionsparteien in Deutschland ausgehen werden lassen. Wir wiesen dabei darauf hin, daß diese Bewegung keinesfalls mit der Stellung und Arbeit des großen Teiles der deutschen Landbevölkerung gleichgestellt werden darf und daß alle Schwindelreden über kommunistischen Sowjetterror gegen die deutsche Bevölkerung

aufsichärfte zurückgewiesen werden müssen, weil sowohl in ökonomischer als auch in kulturpolitischer Hinsicht die deutsche Bevölkerung unter der Sowjetmacht alle Rechte in nationaler und sozialer Hinsicht genießt. Unsere Behauptung, daß es sich bei der riesigen Ummachung der Massenwanderung um eine plump manipulierte Enttötung der roten Not handelt, bestätigt. Diese veröffentlicht in ihrer heutigen Nummer ein Geheimschreiben des deutschen Botschafters in Moskau, aus dem hervorgeht, daß die Seite der bürgerlichen Presse nur der Wahl bereits seit Monaten vorbereitet wurde und aus diesem Grunde schon vorher durch die deutsche Botschaft in Moskau angefordert worden sind. Das Ergebnis liegt in einem Schreiben des Botschafters vor, das die ganze Schamlosigkeit der sogenannten „Koalition für die deutschen Bauern“ aufzeigt. Das Schreiben des deutschen Botschafters in Moskau, das sich zur Zeit im auswärtigen Amt befindet, ist jedoch in fotografischer Wiedergabe vorliegt, lautet im Auszug folgendermaßen:

eine dreifache Bewegung die Sowjetregierung zur Bekämpfung und Verhütung ihrer Maßnahmen veranlassen könnte.“

Wie beurteilt die Regierung die Berechtigung der Klagen deutscher Bauern gegen die Sowjets?

Schon aus dem bisherigen Teil des Schreibens ging hervor, daß es sich bei der Pressekampagne um einen organisierten Wahlmanöver handelt. Welche Anknüpfungspunkte die Wahlleiter für ihre Tatarennachrichten haben, wird weiter durch Dircksens Brief enthüllt. Dieser Teil der Enthüllung unterstreicht unsere Behauptung, daß die Auswandernden reaktionäre ausbeuterische Großbauern sind, die sich nicht in die Front der bisherigen ärmere Bauernbevölkerung auf dem Boden der Kollektivierung einordnen wollen, sondern nach wie vor verstockt, mit Hilfe von Spekulationen die große Not der ärmere Bauern ausbeuten. In dem Schreiben heißt es wörtlich:

„Bei der Beurteilung der Klagen, die aus Kreisen der deutschen Kolonisten bis zu den deutschen amtlichen Vertretungen und nach Deutschland gelangen, darf auch nicht vergessen werden, daß diese Klagen in ihrer Mehrheit aus der Oberhälfte der deutschen Kolonisten kommen, die nicht die Majorität der Klagen bilden. Ich habe mir von Beobachtern der Verhältnisse in Moskau lassen, daß im Gegensatz zu dieser Oberhälfte die ärmere deutsche Landbevölkerung auf dem Wege ist, mit der Sowjetregierung Frieden zu schließen und sich mit ihren kollektivistischen Bestrebungen abzugeben. Bei der Beurteilung der kollektivistischen Bestrebungen und der Tatsache, daß diese sich erst in den kleineren Kreisen befinden, darf die Bedeutung derselben für die weitere Entwicklung keinesfalls unterschätzt werden. Es ist mir mit meinem Ersuchen lediglich derjenige Teil der am meisten begüterten und reichhaltigen Reichsgüterbesitzer nicht beizubehalten deutschen Kolonisten übrig.“

Dieser Teil des Briefes ist geradezu ein durchschlagender Beweis von der Richtigkeit der Haltung der Sowjetregierung gegenüber den angeblich „notleidenden deutschen Bauern“, für die jetzt die ganze Einheitsfront von den Sozialdemokraten bis zu den Sozialdemokraten eingetreten bemüht ist. Es sind nicht die deutschen Bauern, sondern konterrevolutionäre Ausbeuter, die unter der proletarischen Diktatur keine Existenzberechtigung besitzen. Für dieses Volk liegt die Lösung in einer beschleunigten Einheitsfront das ganze Wahlbündnis der deutschen

Der Geheimbericht Dr. v. Dircksens

Deutsche Botschaft
E. Nr. 100. Im Hinblick auf Bericht E. 372 vom 24. Juli 1929.

Inhalt: Lage der deutschen Kolonisten in der UdSSR.

Vertraulich!

Nach dem Deutschen Konsulatsamt, Berlin.

Heber das Ergebnis der eingehenden Prüfung, der ich während der letzten Wochen alle mit der Lage der deutschen Kolonisten in der UdSSR und mit der Durchführung einer einmaligen deutschen Konsultation zusammenhängende Fragen unterworfen habe, beziehe ich mich nachstehendes zu berichten:

Der schriftliche und mündliche Meinungsäußerung, der über die Frage der Durchführung einer deutschen Konsultation mittels der deutschen Medien Kreise unter Hinweisung von in die Verhältnisse eingeweihten Vertrauenspersonen hatte, hat mich in der Auffassung befestigt, daß eine dreifache Aktion weder finanziell durchführbar erscheint, noch einen wesentlichen Erfolg verspricht. Die Lage, in der sich die deutschen Kolonisten befinden, ist — abgesehen von der vorjährigen Witterung im Bezirk Ostfachsen — die

unmittelbare Folge der Maßnahmen der Sowjetregierung, die auf die Erfüllung eines ihrer wichtigsten politischen Programmpunkte, die Kollektivierung der Landwirtschaft, gerichtet sind.

Es besteht keinerlei Zweifel, daß die Sowjetregierung bei der Durchführung ihres Programms, das sich auf das gesamte Gebiet der UdSSR mit einer Landbevölkerung von etwa 125 Millionen erstreckt, ein Ziel vor der Handhabung dieser Maßnahmen gesetzt, eines hundert Tausend Tausend sind, lediglich mit Rücksicht auf die Beziehungen, die sie mit Deutschland verbinden...
Damit wird offen ausgesprochen, daß diese angeblich ausgebeuteten und notleidenden Bauern ausbeuterische Elemente sind, die sich im Kampf gegen die kollektivistischen Bestrebungen befinden, die durch die ärmere Bauern mit Hilfe der Sowjetmacht durchgeführt werden. Diese selbst vom deutschen Botschafter dadurch als rassistische Elemente gekennzeichneten Schichten finden also in der sozialdemokratischen Presse ebenso wie in der der Sozialdemokraten mit Demokraten einflussreiche Wortführer. Zu welchem Zwecke dies geschieht, geht aus dem weiteren Wortlaut des Briefes Dircksens hervor. Denn v. Dircksens ist nämlich von der deutschen Regierung bereits im Juli mitgeteilt worden, daß man eine „Bewegung der kollektivistischen Bauern in Deutschland“ entstehen wolle, was heißt die jetzt ständig vor den Wahlen einziehende Pressebegeißelung in Sachen der deutschen Kolonisten in Moskau wiederholt gegen diese Bestrebungen aus falschen Gründen und

entfernt damit unbewußt die Schürferrolle der Instanzen, die die Organisation dieser Pressebegeißelung durchgeführt haben. Derselben schreibt wörtlich:

„Die von den verschiedenen Seiten an mich herangetragene Anregung unserer sozialistischen Bestrebungen, um die Vindizierung der gegen die deutschen Kolonisten gerichteten Repressalien der Sowjetregierung durch eine Bewegung der öffentlichen Meinung in Deutschland (1) zu unterstützen, habe ich im Hinblick auf die damit verbundenen politischen Gefahren und auf die in Sibirien gemachten Erfahrungen für unannehmbar gehalten. Es besteht auch meine Ansicht, daß es sich um eine rein ausbeuterische Manipulation handelt, die es möglich sein würde, das Interesse der öffentlichen Meinung in Deutschland für die Lage der deutschen Kolonisten in der UdSSR auf eine Umleitung zu veranlassen (2), der es gelang, die Sowjetregierung zu entlarven. Ich habe im Gegenteil Grund zu der Annahme, daß

Kein Arbeiter auf Berliner SPD-Liste!

Brolat entlarvt und weiter Spitzenkandidat

Berlin, 14. November. (Eigene Teilmeldung.)

Das Wahlblatt der Stadt Berlin veröffentlicht die Wahllisten der einzelnen Parteien. Namentlich die sozialdemokratischen Wahlverteilung für Bund und Reich hat die Verurteilung einzelner Kandidaten an, so findet man — keinen Arbeiter. An erster Stelle steht ein Verbauunternehmer, der ihm folgt Rechtsanwalt Weinberg, dann kommt der Geschäftsführer der Berliner Brennstoffgesellschaft, Strick. In dritter Reihenfolge wiederum ist dann erneut Rechtsanwalt, Schriftführer und Direktor an. Ganz am Ende an 17. Stelle steht ein Industrieller und an 18. Stelle ein Schlichter. Das sind die beiden einzigen Arbeiterkandidaten auf der SPD-Wahlkarte, wobei noch nicht einmal einer ist, ob sie wirklich ihren Beruf noch ausüben.

So misshandelt die Sozialdemokratie die Betriebsarbeiter und Gewerbetätigen. Das ist zu sehen an den Frauen, von denen nur zwei auf der 21. Stelle zu finden sind.

Dieser aber prangt der Lump Brolat nach wie vor als Spitzenkandidat der SPD im Weddingener Bezirk, obgleich nunmehr im Unterhaltungsverfahre festgestellt wurde, daß seine Darstellung des Reichstages nicht erlogen ist. Die Arbeiterklasse „erinnern“ sich nicht, jemals von Brolat 2000 Mark „in die Tasche gesteckt“ erhalten zu haben. Daß Brolat diese Angabe erlogen hat, geht jedoch aus dem voraus hervor, daß er dem Reichstagesmitglied Goldschmidtmann, der den Vorkampf im Wahlkampf der SPD verlor, an ihm überließ, nach Beginn des Ständebaus voranzutreiben wollte, eine

Üstigung über 2000 Mark auszugeben. Das Kaufmann lehnte dies natürlich ab, da er von Brolat niemals das Geld bekommen hatte. Damit ist Brolat förmlich schon überführt und seine gegen die „Neue Partei“ angelegte Klage als frecher Waff den Wählern gegenüber entlarvt.

Was sagt die Volkszeitung zu diesen Tatsachen? U. u. g.!

Eine nationalsozialistische Säule gebohrt
Der Gaugener Spitzenkandidat der NSDAP ausgeschlossen

Baugen, 14. November.

Wie die bürgerliche Presse weiß, ist der Spitzenkandidat der Baugener Liste der Nationalsozialistischen Partei und bisherige Bezirksleiter der Hitlerbewegung, Dr. Schöner, wegen proklammer Bestrebungen und handeltlicher Schandentat 4 Tage vor der Wahl ausgeschlossen worden. Die Baugener Nazis hatten sich Schöners Hergang zu diesem Schritt entschließen müssen, da die Bestrebungen ihres kollektivistischen Führers über den Kreis ihrer Freunde hinaus bekannt wurden, und der öffentliche Stand nicht mehr zu verweilen war. Die Prekäre des Dr. Schöner dauerte bereits seit Monaten an. Die Baugener wertvolle Bevölkerung hat dadurch ein treffendes Beispiel für die Verlogenheit der nationalsozialistischen Propaganda erhalten. Sie wird und muß die Enttarnung des Schandentat quilliers durch Nicht der NSD-Liste 4!

Bourgeoisie in einem heuchlerischen Anstrich ein. In diesem Anstrich heißt es:

„Teutsche Bauern, deren Einwanderung vielfach Jahrhunderte zurück, haben in Sibirien vorbildliche Kolonien geschaffen und sich ihre deutsche Art, Sprache und Sitten erhalten. Wirtschaftlich und heimatisch entwickelt, religiös und geistlich befruchtet, sind sie jetzt der Bewusstseinspreisgebe.“

Man vergleiche diese ausnehmendlichen Phrasen mit den Feststellungen des deutschen Reichstages und man wird erkennen, welches Maß von Verlogenheit und politischer Schurkelei dazu gehört, eine solche irreführende Propaganda gegen einen Staat zu entfalten, mit dem man angeblich befreundet ist. Noch bezeichnender ist jedoch, daß dieser Kastrat unterfächelt: von den reaktionären Organisationen: Roten Arden, Junger Weissen, Deutscher Christenverband, Zentralverwaltungsratsdeutsch der Wirtschaftlichen Arbeiter und der deutschen Juden, und zum Schluß auch vom Hauptausführenden der Arbeiterbewegung: Die Arbeiter. Wir wollen leben, was Herr Reich jetzt in der Dresdner Volkszeitung antwortet wird auf unsere Verfassungen, daß im Kampf gegen die Sowjetmacht die reaktionären faschistischen und nationalistischen Organisationen befinden und daß dies geschieht, abgesehen der offiziellen Propaganda die deutsche Hermann-Bücker-Regierung über die Verlogenheit dieser Propaganda genau informiert hat. Der Inhalt der Wahlzettelbelegblätter aller Schattierungen wird aber in seiner irreführenden Demagogie noch mehr aufgeschwemmt durch den Schluß des hierförmlichen Briefes, in dem ganz sachlich festgestellt wird, daß gar nicht an eine mittlere Klasse für diese reaktionären Elemente gedacht werden kann. Wörtlich heißt es in dem Brief:

„Da die Anwesenheit in Deutschland auch nur eines Teiles derjenigen, die gegenwärtig den Wunsch haben, das Land zu verlassen, nicht in Frage kommt, kann es sich nur um eine Einwanderung nach Kanada handeln, falls dies gesperrt sein sollte, nach Argentinien und Chile handeln. Dazu gehören jedoch Mittel, deren Beschaffung wir völlig problematisch einschätzen. Jedenfalls ist es dringend erforderlich, mit dem bisherigen System einer Vertreibung der Kolonisten unter Hinweis auf planmäßige Sympathien gerade für das Deutsche Reich auszuräumen und den deutschen Kolonisten durch unsere vollständigen kolonialistischen Stellen ihre Meinungsüberzeugung einzuschärfen, daß es nicht möglich ist, ihre Auswanderung einzuschränken.“

Samuel, seinen Meinungen mit einschließen, reinen Wein der deutschen wirtschaftlichen Produktion, insbesondere den arbeitenden deutschen Bauern! Der Brief des deutschen Reichstages enthält folgende Passagen. Die Artikel der bürgerlichen Presse einschließlich des Kastrats sind nur schamlose Verleumdungen und Lügen. Die arbeitenden Bauern deutscher Nation in Sowjetrußland haben Frieden geschlossen mit dem Sowjetregime, weil das Sowjetregime ihnen kulturelle und soziale Freiheit und demokratische Sicherheit gewährt. Die ausbeuterischen Großbauern aber sind entwürdigt und werden, wenn sie sich nicht einfügen wollen in die neue Gesellschaft, ausgegliedert. Das aber wollen die Kommunisten in allen Ländern

Freiheit, Sicherheit und Fortschritt für alle arbeitenden und hinaufwärts aller Ausbeuter und Rückschrittler.

Diesem Prinzip wird die Sowjetregierung als Organ der proletarischen Diktatur gerecht und deshalb findet ihre Handlung unsere volle Billigung. Gerade jetzt vor der Wahl kommt die Enthaltung der Roten Partei zur Verbreitung der Wahrheit über die Verhältnisse der Sowjetunion zur rechten Zeit.

um der wirtschaftlichen Bevölkerung die Augen zu öffnen über die Kampfmethoden der bürgerlichen und Sozialdemokraten gegen die kommunistische Partei und den Arbeiter- und Bauernstaat.

Die Antwort der wirtschaftlichen Bevölkerung an die schamlosen Pöbelmänner muß am 17. November erteilt werden durch Wahl der Partei der kommunistischen Partei und durch Bruch mit den Organisationen, die im Interesse des Mandatshabers die gesamte Bevölkerung anzulügen wollen.

Wir wissen nicht, was die Dresdner Presse einschließlich der Volkszeitung auf diesen Brief des deutschen Reichstages antwortet wird. Eine aber wissen wir, daß die wirtschaftliche Bevölkerung gerade an Hand dieses Briefes mehr und mehr erkennen wird, daß die „hochgeschulten, unparteilichen Organe“ und das SPD-Blatt, für das gesamte wirtschaftliche Volk“ als der schlimmste Feind gegen die sozialistische Bewegung tätig sind und daß hinter ihrer „sachlichen“ Auswertung Lüge und Verleumdung kapitalistisch-reformistischer Verlogenheit lauert.

Dor dem Rücktritt der belaischen Regierung

Brüssel, 13. November.
Auf der Sitzung der liberalen Koalition wurde in der vergangenen Nacht beschlossen, den Rücktritt über die Einführung der fünfjährigen Sprache an der Universität Gent abzulehnen. Damit ist der Rücktritt des belaischen Kabinetts in Frage gestellt. Der Ministerpräsident hat sich für die Verfassung der Universität eingelassen. In belaischen politischen Kreisen rechnet man mit einer Kabinettskrise.

Gelbstmord wegen Arbeitslosigkeit

Grimma, 13. November.
In ihrer heiligen Wohnung hat sich nachts die Witwe Toni Kerschmar mit ihren beiden 7 und 9 Jahre alten Söhnen durch Gas vergiftet. Die Frau hatte 1927 ihren Mann verloren und war von da an in Schwermut geraten. Außerdem war sie krank geworden, so daß sie ihrer Arbeit nicht mehr nachgehen konnte. Die Ursache zur Tat dürften also wirtschaftliche Sorgen gewesen sein.

Glückliche Rettung vor Gast

13. November.
Als am Montagvormittag in der bieleger Kolonialfabrik auf der Goethestraße ein Trifttagungsleiter in den Arbeitsraum trat, in dem 15 Arbeiterinnen beschäftigt waren, fand er diese zu seiner Überraschung alle schlafend vor. Entschieden bemerkte er bald näherem Nachprüfen, daß sämtliche Arbeiterinnen bewußtlos waren. Der Rettende alarmierte sofort die Sicherheitsleitung. Einem Arzt und einer Abteilung der Polizei gelang es nach längerem Bemühen, die Bewußtlosen mit Sauerstoffapparaten ins Leben zurückzurufen. Die Rettung war durch Kohlenoxydgas erfolgt, das einem defekten Korb entströmt sein soll. Die Arbeit wurde wegen dieses Zwischenfalles sofort abgebrochen.

Todesopfer des Militarismus

Schwere Explosion auf einem französischen Torpedoboot
Paris, 13. November.
Nach einer Explosion auf dem Torpedoboot „Tramé“ ein Kessel. 3 Heizer

Die Regierung will den Brotwucher steigern!

Am 12. November haben die Reichsernährungsminister gemeinsame Besprechungen der Regierungsparteien über die Zollfrage stattgefunden, die in den nächsten Tagen ihre Fortsetzung finden sollen. Geplant ist eine „endgültige Regulierung des Roggen- und Weizenpreises“, ferner eine Erhöhung des Getreidepreises und die Einführung eines Weimahlungsmaßes von Roggen zum Weizenbrot, um auf diese Weise eine Steigerung der Roggennachfrage und der Roggenpreise herbeizuführen. Nach der Meldung des „Berliner Tageblatts“, das über diese Verhandlungen berichtet, ist noch keine endgültige Formulierung des Planes erfolgt, aber die große Linie steht offensichtlich fest: Im Interesse der Junker und Großbauern will die Koalition das Brot noch weiter verteuern. Am 17. November werden die Arbeiterwähler auch gegen den Zollwucher der von der SPD geführten Regierung demonstrieren durch Wahl von Kommunisten!

Erneutes starkes Anwachsen der Arbeitslosigkeit

Über eine Million Unterstützte!

Nach amtlichen Mitteilungen ist die Zahl der Hauptunterstützungsempfänger in der Arbeitslosenversicherung auf 889 000 und in der Arbeitslosversicherung auf 172 000, insgesamt also auf 1 061 000 Arbeitslose gestiegen.

Am Oktober 1928 waren 1 307 690 Arbeitslose angemeldet. Davon erhielten Versicherungs- und Arbeitslosenunterstützung 783 959. Allein bei den Unterhaltungsmaßnahmen ist also in diesem Jahre eine Steigerung um 297 071 Personen eingetreten. Rechnet man hierzu die Nichtbezugberechtigten und Ausgewerteten, so dürfte die Gesamtzahl der Arbeitslosen Ende Oktober 1 800 000 betragen.

Diese Zahlen sind die ersten Auswirkungen der neuen Nationalversicherung. Trotz Ausweitung Produktion und Profite werden immer neue Massen auf Straßenpflaster gemworfen. Immer größer wird die Heerschar, die den

Belegschaft Vetter, Berlin, wählt Delegierte zum Reichstagskongreß

Schuhmacher, mach' s' nach!

In einer sehr gut besuchten Belegschaftsversammlung der Firma Vetter, Berlin, wählten die Arbeiter nach erneuter Aktion über die Bedeutung des Reichstages die Delegierten der kommunistischen Opposition vier Delegierte.

In der Versammlung der Reparaturwerkstätte wurden ebenfalls zwei Delegierte gewählt.

Die SPD, die erst verachtet, die Wahl zu unterbinden und den Delegierten mit Ausschluß aus dem Verband drohte, blieb eine kleine Minorität.

Schuhmacher! Vah! auch nicht von den Prolegomena Simons einschüchtern. In allen Betrieben müßt ihr Stellung nehmen zum Reichstagskongreß und eure Delegierten wählen. Gerade jetzt, wo ihr mitten im Kampf um die Erhöhung eurer einkommensfähigen Lohns steht, ist dieser Kampf zur Zusammenfassung aller revolutionären Kräfte gegen Unterdrückung und Sozialfaschismus für euch besonders wichtig.

Straf- und Sperrbestimmungen des Arbeitslosenversicherungsgesetzes und den Schuldenlasten auf den Arbeitnehmern ausgelegt ist. Zahlentausende Familien sind durch den Unterhaltungsabbau dem Hunger preisgegeben.

Und diesen hungernden Arbeitslosen hat die SPD durch das neue Abbaugesetz die Unterhaltung beschneidet. Am 17. November wird die Arbeiterklasse mit den Unterhaltungsabbauern abrechnen.

Jede Stimme für die Liste der Kommunistischen Partei!

Neuer SPD-Schwindel

In der SPD-Presse erscheint ein Artikel „Ein Dieb als Spionkandidat“, worin angeführt wird, daß der Genosse Schenckhauer als Angehöriger des Hannover-Kommunisten im Jahre 1921 erwischt worden sei, wie er sich die Taschen mit Anzeigen füllte und keine Familie mit Lebensmitteln verlor. Dies ist eine gemeine Verleumdung. Niemals wurde Schenckhauer, der sich als solcher Vergeben idealistisch gemacht hätte. Ein Korbent

Verwegener Raubüberfall auf der Broolanger Schiffsverft

Neuenort, 13. November.
Ein außerordentlich verwegener Raubüberfall wurde am Mittwoch auf der Bootbauanstalt der Broolanger Werft verübt. Eine 20 schmerzhafte Verbrechen fielen plötzlich über das Bootpersonal der 13 Arbeiter, welche gerade für die Dauer des Herbsturlaubes am Werk waren. Der Versuch den schweren Geldschrank des Büros zu knacken, gelang jedoch nicht. Den Verbrechen ist dadurch eine Rente von 80 000 Dollar in den entgangenen. Die Abwehr der Räuber, die bald darauf wieder das Weite suchten, ohne daß es der Polizei gelang, auch nur einen von ihnen zu fassen, war um so größer, als sich in der Umgebung der Schiffsverft mehr als 100 bewaffnete Marinejagden aufstellten, von denen niemand auch nur das geringste von dem Überfall wahrgenommen hat.

Neue Raubüberfälle in Guatemala

13. November. Nach Mitteilungen aus dem Aufstandsbereich Santa Maria in der Republik Guatemala sind dort neue schwere Raubüberfälle zu verzeichnen. Die Raubüberfälle von Santa Maria ist von reichen Kaufmännern bewohnt, so daß jede Hilfe unmöglich ist. Der Versuch an Menschenleben zu sparen ist jedoch unmöglich. Letztlich ist während des letzten Ausbruches, daß sich der größte Teil der Bevölkerung rechtzeitig retten konnte.

solte damals dem Genossen Sch. eine unbefangene, um der SPD eine ausgleichende Genosse Sch. war in Ausübung seiner geschäftlichen Funktion als Sekretär im Zentralrat der SPD, um einen Delegierten aufzuführen, mochte er befragt werden, da es keine Arbeit war. Der SPD-Unterstützer, der sich im Raum verstreut, hat kritisiert, daß nichts weiter angedeutet noch angenommen wurde. Warenabgabe wurde ihm angenommen, aber durch die Kontrollen der Zentralrat wurde ein großer Heberbruch festgestellt. Alle Behauptungen sind verabschiedete Kombinationen, die von der Partei geprüft und als haltlos festgestellt wurden. Die Reichsleitung Frankfurt a. M. hat deshalb mit Recht den Genossen Sch. später noch rehabilitiert und als Parteiarbeiter weiter verwendet. Der Vorstand des AB hat auch niemals einen solchen Vorwurf erhoben noch erheben können. Wenn jetzt, nach 8 Jahren, im Rückblick solche Verleumdungen dem Mann werden, so ist dies nichts anderes als ein Korbent, um dem Genossen Sch. zu verabschieden und die Partei zu schädigen.

Brandlers offenes Bündnis mit der SPD

Die Leipziger Ortsgruppe des Brandlervereins, die sich schamlos als „Kommunistische Partei, Opposition“, nennt, ist bei der Stadtverordnetenwahl in eine formale Verbindung mit der SPD eingetreten. Die Liste Nummer 1 der Kandidaten (Kohl und das dürfen wohl alle Stimmen sein, da es zu einem Mandat kaum kommen wird) werden also der SPD zugeführt, ebenso die der UEP. Die offene Verbindung mit der SPD ist nur das endliche Ausgesprochen dessen, was die Brandler und Böhmer schon immer getan haben: Sie sind „Kommunisten“, die sich von den anderen „Genossen“, dem Rest und Weisheit in keiner grundsätzlichen Frage unterscheiden, und so ist es nur konsequent, wenn sie nicht fortliegen lassen. Ihre Stimmen dem „großen Bruder“ nicht verweigern. Eine weitere Arbeiterbewegung, die die Brandlergruppe heute noch für eine kommunistische Gruppe, die Genossen zwischen ihr und der Partei für sich fassen sollte, werden halten können. Können an dem Leipziger Beispiel sehen, daß die Partei tausendmal Recht hatte, als sie diese Leute als Renegaten und Sozialverräter erklärte und bestrafte.

Auch die Radeberger Renegaten entlarvt

Radeberg, den 14. November.
Zetunion meldet, daß die „Kommunistische“ Opposition um Eise ein Wahlbündnis mit der SPD eingegangen ist, um auf diese Weise ihre Stimmen der SPD zuzuführen und sich so einen günstigen Boden für das spätere Aufgehen in der Zetunion-Partei zu schaffen. Die revolutionäre Arbeiterpartei Radebergs muß gerade bedauert erkennen, wie berechtigt die schwere Klage war und ist, die die Kommunistische Partei gegen diese brandlerische „Opposition“ erhebt. Sie muß diese Erkenntnis unbedingt dokumentieren, daß sie keine Stimme der Renegaten nicht, sondern geschlossen eintritt für die Liste:
Kommunistische Partei.

Wieder überfüllte kommunistische Wahlkundgebung in Dresden

Stadtarzt Dr. Schmincke widerlegt die Kuhlandhege
Dresden, den 14. November.
Wohlgemerkt sind in den „Kuhlandhege“ wieder eine Wahlkundgebung der SPD statt, in der der ehemalige leitende Parteivorsitzende und jetzige Berliner Stadtarzt Dr. Schmincke, der vor kurzem von einer längeren Studienreise aus der Sowjetunion zurückgekehrt ist, vor überfülltem Saal sprach. Bis er schloß, war die fortwährende Unterstützung des Sozialismus in der SU unter kommunistischer Führung der armen Bauern in Wohlstand und in eine Front mit der Industriearbeiterpartei führt und daß nur entwicklungsunfähige Elemente aus der Rotenminorität mit ihrer Forderung zu punkten der arbeitenden Arbeiterpartei nicht würden. Nach solcher dem Fall aus. Der Redner forderte die Anwesenden auf, im Kampf der kommunistischen Partei für eine Sowjetunion im Interesse des Fortschritts und der Höherentwicklung der menschlichen Gesellschaft mit allen Kräften zu unterstützen und am 17. November diesen Willen durch Wahl der Liste 4 in Dresden, der Liste der Kommunistischen Partei, zu dokumentieren.

Großbanken-Aktion zur Ausplünderung der Beamten

In dem Wettlauf, der um die Schließung der verfallenen Beamtenbanken zwischen der Dresdner Bank und der Deutschen Bank und Diskontogewinnbank entstanden war, hat die letztere — offenbar dank ihrer ausgeübten Verbindungen zu den bürgerlichen Beamtenorganisationen — das Rennen gewonnen; unter ihrer Führung wurde die „Sparta- und Kreditbank“ für Beamte und Angestellte AG“ gegründet, die als Ergänzung der verfallenen Genossenschaftlichen bisherige Mitglieder als Kunden übernehmen soll. Es ist also diesmal wieder in der Hand der Beamten gelegen, die großen finanziellen Verluste der Dresdner Bank hauptsächlich der Umwandlung nachzugehen, daß die Verfallenen über die gerade im Kontraste (wenn die Verfallenen der Banken am größten) freizumachen Beamtengehälter eine soziale Erhöhung der Beamtengehälter bedeutet. So ging das Rennen los und die Dresdner Bank hat (was auch keine politische Zulassung hätte) die ihr einstweilen weit überlegene DD-Bank zurückerhalten. Die Beamtengehälter der verfallenen Bank werden mit einem kleinen Quoten abbezahlt werden, werden dafür ihre Aktienanteile als Kapitalien nach 10 Jahren einzahlen müssen und also die Gewinne sein. Aber Tausende von ihnen werden aus dem Zulassungsrecht ihrer Banken und aus dem diesen Ende das nachkommend reichliche Leben stehen über das Leben der kapitalistischen Gesellschaft, die sie im Interesse der großen Kapitalisten verteidigen sollen.

Glänzender Empfang der Sowjetliener in Neuenort

15 Tausend begrüßt zur Kollektivierung der Landwirtschaft
Neuenort, 12. November.
Die Mitglieder aus der Sowjetunion wurden bei ihrer Ankunft in Neuenort von einer Menge von 15 000 Personen jubelnd begrüßt, darunter von Vertretern von 200 Organisationen, aus Cleveland, Detroit, Philadelphia usw.
Es fand eine Massenversammlung, veranstaltet von den Freunden der Sowjetunion, statt, auf der die Mitglieder angewiesen waren. Den Mitgliedern wurden Fahnen, eine Bronzeplakette und 15 Tausend waren für Kollektivierung übergeben. Die Fahnen usw. werden dem Moskauer Revolutionären Museum übergeben.

Der Internationale Bund der Opfer des Krieges und der Arbeit mahnt

Kriegs- und Arbeitsopfer, erkämpft euer Recht!

Gegen den Rentenabbau und Rentenraub! — Für eine menschenwürdige Versorgung!

Die Landestagungen des Bundes Sachien des Internationalen Bundes der Opfer des Krieges und der Arbeit erklärten in der Landesversammlung am 8. November die folgende sozialpolitische Situation, geschaffen durch den geplanten Abbau der Schwerbeschädigten-Rürföge, Nachunterstützungen, Sperr- und Sparmaßnahmen, Anrechnung der erhöhten Steigerungsbeträge der Invalidenversicherung auf die Sozialrente, geplante Verschlechterung des Verfallensgesetzes, die Reform der Rentenversicherungsordnung, Anrechnung der Renten zur Gewerbesteuer-Erhöhung, Kürzung des Kapitals, Kapitalabbauungen.

In keinem einleitenden Vortrag wies der

Vauleiter, Dr. Otto Gumplich

in besonders knapper formulierten Umrissen die geplanten und zum Teil schon erreichten Verschlechterungen auf dem Gebiete der Versorgung und Rürföge für die Kriegs- und Arbeitsopfer nach. Der Schwerbeschädigten-Rürföge soll durch die kleine Verwaltungsreform ihr individueller Charakter genommen und dem allgemeinen Arbeitsmarkt bzw. den Arbeitsämtern angegliedert werden. Das bedeutet, wenn man nach den bisherigen Erfahrungen zu einem Urteil kommen soll, daß dem Schwerbeschädigten keine besondere Rechnung getragen wird, daß insbesondere die Unterschicht es bis heute immer wieder erfahren haben, daß von den politischen Entscheidungen zu verweisen als Beispiel nur auf die Stadt Dresden, die erst auf unser energisches Durchgreifen ihre Verschlechterungen durch Reinstellung von 88 Schwerbeschädigten erfüllen mußte.

Ein solches Kapitel heißt der Invalidenversicherungsfonds das. Statt die Unternehmern grundsätzlich zur Einzahlung verpflichtet zu werden, wählt man das kleinere Übel einer Parabolzahlung.

Die Organisationen helfen zu dieser Frage kein Kontroll- oder Mitbestimmungsrecht und liegt der Verdacht nahe, daß Eingänge dieser Artigkeiten für Verwaltungsämter der Untertelungen für Schwerbeschädigte verwendet werden. In der Praxis leben wir weiter, daß die einzelnen Gewerkschaften in ihren Tarifverträgen eine Minderentlohnung von Schwerbeschädigten festlegen. Durch diese Tatsache wird der Kampf um eine gleichmäßige Entlohnung erschwert bzw. illusorisch gemacht.

Die Nachunterstützungen und Sparmaßnahmen des Reiches mitten im besonders katastrophalen Jahre 1929 als proletarische Organisation auf die ungeschützten Klassen hingewiesen haben, konnte man jetzt sehen, daß die Kriegsopfer ebenfalls nicht von unheimlichen Verhältnissen befreit sind. Doch müßte sich das ändern.

Die Tatsache, daß die Versorgungsdienstleistungen in erster Linie die Schwerbeschädigten herausgreifen, um hier durch Abschüttelung der Rente größere Summen einzulassen, zeigt folgendes Beispiel:

Der Schwerbeschädigte Bruno Parscheder, Dresden, Nebelsteiner Straße, 100 Prozent erwerbsunfähig, Invalidenrentempfänger, wurde am 1. Oktober 1929 unterhalb der Grenze der Rentenabbaubehaltung unermittelt, während er bis heute nur noch 40 Prozent erwerbsunfähig ist. Die Abschüttelung einer Parabolzahlung der Rente von 12,00 RM auf 8,75 RM, also Einparung von 3,25 RM im Jahresbetrage 1929, 30 RM.

Doch als Folge der Nachunterstützungen die unerschöpflichen Zahlungen für die Invalidenversicherung, unter der belandeten Verschlechterungen, daß bei den Versorgungsleistungen noch 90.000 Zahlungen in Aussicht genommen sind, darüber hinaus über 40.000 Renten beim Reichsversicherungsamt zur Einziehung liegen, umgibt, daß Verfahren nicht mehr verhandelt, sondern nur noch durch die Gerichte und in diesem Zeitraum die Rechtsmittel durch und behandelt werden können.

In der Verwirklichung zur

Veritorina der Kriegsopfer

zeigte der Referent, daß die Kriegsopfer wiederum als Objekte der Sparmaßnahmen an der Budgetaufrechterhaltung der Reichsregierung auszuheben sind, durch die Tatsache, daß der Invalidenversicherungsfonds auf der Basis von 775.000 Kriegsopfern aufgebaut ist, während in Wirklichkeit im August dieses Jahres bereits 815.000 versorgungsberechtigte Kriegsopfer vorhanden sind. Das für diese Steigerung von 40.000 Kriegsopfern weitere Mittel nicht zur Verfügung haben, daß die Versorgung der vorerwähnten erhöhten Zahl auf Kosten der durch Nachunterstützungen herabgesetzten Beiträge ausgeglichen werden müssen.

Dieserlei Bild zeigt mir bei den erhöhten Steigerungsbeträgen zur Invalidenversicherung.

Diese Maßnahmen bedeutet nichts mehr und nichts weniger als Kapitalumteilung an Verwaltungsämter. In geplanten Freilicht Sachien werden die erhöhten Steigerungsbeträge auf die Sozialrente und darüber hinaus angerechnet. Als treffendes Beispiel benenne wir

Die offizielle Berechnung des Wohlfahrtsamtes der Stadt Dresden.

welche zugrundelegt, daß die erhöhten Steigerungsbeträge ab 1. Oktober eine Einparung von 30.000 RM Sozialrente bedeutet. Als Beweis dafür, daß man bei dieser Anrechnung weitere Einparungen vornimmt, zeigt folgendes Schreiben:

Herrn Georg Sommerfeld, hier.

... Infolge Erhöhung Ihrer Rentenzahlung wähle Ihre laufende Unterzahlung ab 1. November d. J. auf 72,50 RM herabgesetzt werden.

Der Rat zu Dresden - Kreisstelle Gerberstraße - Fürsorgeamt bez. W. 11/29.

Dieser Invalidenrentenbericht beträgt 4,50 RM Sozialrente. Die Invalidenrentenerhöhung beträgt 4,50 RM. Das Wohlfahrtsamt dagegen bringt 4,50 RM in Anrechnung.

Die Einrichtungsbedingungen der Kapitalabbauungen zeigen, daß 20.000 unerschöpfliche Beiträge vorliegen. Die Einparung von 25 Millionen Reichsmark bedeutet für den Invalidenversicherungsfonds ein Rückgang von 34 Millionen Reichsmark. Sachien als eines der dichtestbesiedelten Länder wird durch diesen geringen Anteil laufend hart benachteiligt. Der Bestandelgeschäftsbericht zeigt, daß mit Hilfe der vorhandenen Mittel der seitens der Reichsregierung vornehmlich in den verhältnismäßig schwach bewohnten Gebieten Vorhaben, namentlich der Provinz Hannover eine Erwerbslosen-Vollzeit getrieben wird, so daß 1. B. die Provinz Hannover bedeutend mehr Mittel zur Herbeiführung von Wohnungen und Arbeitsbeschäftigungen für Kriegsbeschädigte erhalten hat. In der Auswertung sehen wir, daß

das Hauptverdienstamt Sachien 88 erwerbsfähige, 100prozentig langjährig erkrankte Kriegsbeschädigte, verheiratet, ohne eigene Wohnung, die Kapitalabbauungsbeträge zum Wohnungsbau ausgeben zu können.

Die vorerwähnten Tatsachen zeigen die ganze Brutalität gegenüber den Förderungen der Kriegs- und Arbeitsopfer. Sie

zeigen, daß die Reichsregierung mit ihren Sparmaßnahmen in erster Linie die Vermittler der Armen herausgreift. Diese Brutalität ist nur möglich, weil die Kriegs- und Arbeitsopfer mit ihrer schwachen und zerrütteten Gesundheit nicht im Produktionsprozess lebend, allein zu ihrem Auskommen, den Kampf um eine bessere Versorgung und Rürföge zu führen.

Deshalb muß es der Internationale Bund als vornehmliche Aufgabe betrachten, die gesunde Arbeiterschaft über die bestehenden Verhältnisse aufzuklären und mit ihr gemeinsam den Kampf zu führen. Deshalb ist es auch für uns besondere Verpflichtung, die Basis und Tüchtigkeit der Arbeiterschaft sozialpolitischer Organisationen zu verbreitern.

Nach sehr reichlicher Aussprache wurde einstimmig nachfolgende Resolution einstimmig angenommen:

„Die Maßnahmen der Koalitionsregierung, insbesondere des Reichsversicherungsamtes, zeigen mit aller Deutlichkeit, daß in der Lebenslage der Opfer des Krieges und der Arbeit weitere Verschlechterungen erfolgen.“

Die Verfügung der Nachunterstützungen, Einparung zum Versorgungsamt, Anrechnung der erhöhten Steigerungsbeträge zur Invalidenversicherung, Verschlechterung des Verfallensgesetzes, Reform der Rentenversicherungsordnung, Einschränkung der Kapitalabbauungen zeigen klar und eindeutig die Kampfesstellung der Reichsregierung. Die Kampfesstellung wird besonders betont durch die Verfügungen des Reichsversicherungsamtes im 16. Haushalt des Reiches vom 28. Oktober 1929. Schon allein die Tatsache, daß die Regierung gewillt ist, die Invalidenversicherung von 75 Millionen Reichsmark im Märzjahr im laufenden Haushaltsjahr einzulassen, hat trotz Erhöhung der Zahl der versorgungsberechtigten Kriegsbeschädigten um 35.000 weitere Mittel nicht zur Verfügung gestellt werden können. Das von 120.000 Reichsmark abgeleitete Kriegsbeschädigten nur 20.000 berücksichtigt wurden, zeigt, daß die Durchführungs des Dames, und Hauptplanes auf Kosten der Kriegs- und Arbeitsopfer erfolgen soll.

Die Sperrfrist bzw. Verordnung über Nachzahlungen von Versorgungsleistungen nicht über drei Monate hinaus ist ein offenkundiger Betrug. Tausende von 20prozentigen Kriegsbeschädigten wurden zwei Jahre lang vertriebt, daß die Verfor-

gungsdienstleistungen infolge Überlastung nicht alle Beiträge laufend erschöpfen können. Die bisher unerschöpflichen Beiträge bedeuten im Verlauf der Versorgungsleistungen gegenüber den bisher erledigten um circa 2 Jahre Versorgungsgebühren. Diese Maßnahmen kann man nicht mehr als ungerecht, sondern, wie oben erwähnt, als Betrug betrachten.

Die Konferenz beschließt, von den proletarischen Vertretern im Landes- und Reichsparlament zu fordern:

1. Aufhebung aller einschränkenden Maßnahmen der bisherigen Rechte der Versorgungsberechtigten.
2. Die Rentenabbauungen auf dem Gebiete der Versorgung sofort zurückzuführen.
3. Bereitstellung ausreichender Mittel für den Haushaltplan 1930.
4. Wiedereinlösung der 25 Millionen Reichsmark Kapitalabbauung für das Jahr 1929.
5. Forderung eines Entwurfes einer 6. Novelle zum RVG unter der bedingten Berücksichtigung der Erhöhung der Hinterbliebenenbeiträge, Sicherstellung der Weiterbehandlung für Hinterbliebene.
6. Ergänzung des Schwerbeschädigtengesetzes, daß sämtliche Staats- und Gemeindefürsorge verpflichtet werden, Beiträge aus den Firmen zu verzeichnen, die die Bestimmungen des Schwerbeschädigtengesetzes erfüllen.
7. Erhöhung der Invalidenrente von einstufigen Schwerbeschädigten auf 3 Prozent.

Darüber hinaus die Mitglieder und Funktionäre des Internationalen Bundes der Opfer des Krieges und der Arbeit verpflichten, alle Kriegs- und Arbeitsopfer zu mobilisieren, aktivieren zur Stärkung einer einheitlichen Kampffront, für eine menschenwürdige Versorgung.

Im Kampf um ein menschenwürdiges Leben werden die Opfer des Krieges und der Arbeit erkennen, daß es nur eine Partei gibt, die ausschließlich die Interessen der Vermittler der Armen zu vertreten bereit ist: Es ist die kommunistische Partei, die in der Praxis bewiesen hat, daß sie die Forderungen der Kriegs- und Arbeitsopfer als ihre Forderungen betrachtet.

Deshalb wählen am 17. November die Opfer des Krieges und der Arbeit die Parte der Kommunistischen Partei!

Aus dem Wahragout der SPD!

Abbau der Rürföge — Ausbau der Zwanaszürföge!

Für haben bereits Gelegenheit, die Wohlfahrtsämter der SPD in ihrer Wahlleitung an Hand von Zahlen beim Ortsamt für Kriegsfürsorge zu widerlegen und die trügerischen Rürfögemethoden der SPD jedem aufzuzeigen. Wir müssen heute besonders an dem Kapitel „Wohlfahrtspflege und Rürföge“ widerlegen. Schon die Ueberzahl ist auf die Täuschung der Wähler berechnet. Das heutige Kapitel „Wohlfahrtspflege“ war bis 1929 in mehrere Kapitel getrennt, und zwar: Kapitel 12 Wohlfahrtsamt,

Offizielle Wohlfahrtspflege,

enthaltend das Rürföge, Jugendamt, das Ortsamt für Kriegsfürsorge sowie die Kinder- und Säuglingsfürsorge, das Obdachlosendienst und verschiedene Stützungen; letztes Kapitel 13, enthaltend Kranken- und Pflegeanstalten, Altersheimen usw. und eine Reihe Postionen im Kapitel 10 — Wohnbewegung usw. Die früher unter Kapitel 12 geführten Postionen sind die eigentliche Rürföge, denn das Krankenpflegeamt oder deren Ämter haben von sich aus nicht einen Pfennig für die Rürföge müssen durch das Rürföge- oder Ortsamt für Kriegsfürsorge geben. Im der Schwand der SPD, die mit möglichsten hohen Zahlen langiert, um zu zeigen jedem Wohlfahrtsamt, wie leicht es dort aus? Ist gestiftet worden durch den Sozialdemokraten Häupter oder nicht? Deshalb rechnet die SPD diese Ausgaben nicht als Ausgaben zusammen. Sie will damit den Wählern erweisen, als seien die Unterhaltungen für die Sozial- und Altersheimen, die langjährig Erwerbslosen usw. um diese Millionen geliehen.

Wies unerschöpfliche Schwand. Sie verweigert, daß die persönlichen Ausgaben, d. h. der Vermögensaufwand allein bei diesem Kapitel um 30 Prozent gestiegen ist.

Wie sehen sich diese Steigerungen an?

1. Bei persönlichen Ausgaben. 1928 wurde die Beamtenbezahlung erhöht. Ferner müssen seit 1928 25 Prozent der gesamten Gehaltsaufwendungen als Ausgaben an den Beamtenfonds, der früher unter dem Kapitel „Allgemeine Verwaltung“ geführt wurde, gebucht werden.

2. Bei der Umstellung Wählern, in jeder Postion Verwaltungsbeiträge zu allgemeinen Verwaltungskosten (logistische Verwaltungskosten). Außerdem sind aber zwei Wähler die Wähler teilweise angestrichelt erhöht.

So betragen die Steigerungen zu 1. rund 1.100.000 RM, die aus einem anderen Kapitel hierher übertragen wurden und hat keinerlei Bedeutung für die Rürföge; weiter die Steigerungen zu 2. in denen die Verwaltungskostenanteile, Wiete, Posten usw. enthalten sind, betragen rund 815.000 RM.

Küherdem aber hat die Zahl der Stadtverordneten Kinderheime und Kinderheime seit 1927 neu übernommen

Wie sie lügen!

Abbau der Krankenpflege!

Wir konnten bereits für das Ortsamt für Kriegsfürsorge und für das Jugend- und Jugendamt die Wohlfahrtsämter der SPD im einzelnen nachweisen. Wir nehmen heute Gelegenheit, an Hand des Etats für das Kranken-, Pflege- und Stützamt sowie den diesen unterliegenden Wählern nachzuweisen, wie die SPD schwindet und wo gestrichelt worden ist. So sind die Ausgaben beispielsweise beim Stützamt für die Rürföge seit 1928 von 2.736.287 — auf 4.128.034 — RM. Insgesamt ist der Zuschuß gesunken von 1927 = 1.322.309 — RM auf 1929 = 1.478.304 — RM.

Beim Stützamt für die Rürföge sind die Ausgaben von 1927 = 2.841.323 — RM auf 1929 = 2.790.698 — RM. Trotzdem ist der Zuschuß von 1927 = 1.195.048 — RM auf 1929 = 1.013.989 — RM.

Beim Stützamt für die Rürföge sind die Ausgaben von 1927 = 250.807 RM auf 1929 254.274 — RM. Der Zuschuß laut dagegen von 1927 = 337.081 — RM, auf 1929 234.274 — RM.

Nach hier können die Beispiele noch wesentlich vermehrt werden.

Wir glauben aber, daß diese Zahlen genügen, um zu zeigen, daß auch hier auf Kosten der Vermittler der Armen gespart worden ist; denn Wähler hat die Herabsetzung der Zuschüsse nur durch die Herabsetzung der Krankenpflegeleistungen ermöglicht.

wurden, für die der Aufwand rund 811.000 RM beträgt. Die SPD verweigert ferner, daß die früher in Position 47 eingetragenen Beiträge an private Organisationen in Höhe von rund 70.000 RM seit 1928 neu in dieser Position haben.

Damit kommen allein für das ehemalige Wohlfahrtsamt (Rürföge) rund 2.100.000 RM mehr an Ausgaben heraus, ohne daß auch nur 1 Pfennig den Sozial-, Altersheimen, langjährig Erwerbslosen usw. zugute gekommen wäre.

Ein Bomb der Einzelheit in dem Kapitel Wohlfahrtsamt wollen wir aber den Wählern führen, wo gespart worden ist. So sind eingeleitet gewesen:

Für Gesundheitsfürsorge 1927 = 97.508 — RM, 1929 = 80.000 — RM.

It weniger 7508 — RM

Krankengeld für belandete Handarbeiten 1927 = 88.408 — RM, 1929 = — — —

It alles rückständig geliehen.

Für einmalige Unterhaltungen 1927 = 660.556 — RM, 1929 = 588.245 — RM.

It weniger rund 92.000 RM.

Für Kollektiven und Spielstätten 1927 = 29.854 — RM, 1929 = 28.000 — RM.

It weniger 6654 RM.

Für Unterbringung von Waisen und Geschwunden in Heimen 1927 = 842.822 — RM, 1929 = 820.000 — RM.

It weniger 22.822 RM.

Beim Jugendamt sind eingeleitet gewesen:

Für Schwangeren, Wöchnerinnen und Säuglingsfürsorge 1927 = 211.550 — RM, 1929 = 190.000 — RM.

It weniger 21.550 RM.

Beim Stützamt für die Rürföge:

Für Heilung, Heilung, Schulung, Heilung, Heilung usw. 1927 = 55.854 — RM, 1929 = 29.300 — RM.

It weniger 14.554 RM.

Um aber das Bild vollständig zu machen, wollen wir zeigen, wo neben den eingangs in diesem Artikel genannten Erhöhungen noch erhöht worden ist. So ist beispielsweise eingeleitet gewesen:

Für die Schulungsbekämpfung (Heilung, Heilung, Heilung usw.) 1927 = 254.116 — RM, 1929 = 290.000 — RM.

Die Steigerung beträgt insgesamt 6000 RM.

Kann in Wirklichkeit bei dieser Ausgabensteigerung von einer Steigerung der Leistungen gesprochen werden? Keineswegs. Wenn die Wohlfahrtsämter in den Krankenkassen sind seit 1927 um rund ein Drittel gestiegen. Dabei ist die Steigerung der Kosten für Milch, Wiete und den sonstigen Ernährungsaufwand seit 1927 von uns unermittelt gelassen. Diese Zahlen sind die beste Erklärung dafür, daß trotz in die Augen fallender Steigerung von Wählern die Unterhaltungen sehr hart herabgesetzt worden sind.

Wo ist noch erhöht worden?

Bei den Ausgaben für Unterbringung in der Heilungsbekämpfung. Dort betragen die Ausgaben:

1927 = 46.838 — RM, 1929 = 57.000 — RM, 1929 = 73.000 — RM.

Das ist eine Steigerung um rund 42.200 RM.

Haben die Wählern ein Interesse an der Steigerung gerade der zuletzt genannten Ausgaben? Nein! Die Wohlfahrtsämter haben — das konnte schon mehrfach nachgewiesen — It eine Zwangsarbeitsanstalt.

In dem Maße, in dem in der offenen Rürföge abgebaut wird, steigen die Ausgaben für diese Zwangsarbeitsanstalt.

Das zeigt den Betrug und Inhalt der sozialdemokratischen Sozialpolitik.

Geht dieser Betrug die Wählern, wählt am 17. November die Kommunisten!

Macht Schluß mit den Verrätern!

Aus der Weisheit des Sozialisten
Wuß jeder sich im Gedächtnis bewahren
Die Tage des gemeinen Verrats,
Des 9. November vor 11 Jahren.

Führt der deutsche Sozialdemokrat
haben die Revolution verraten.
Proletariat! Glaub nicht mehr an sie,
Sonstern haßt an ihre Taten!

„Mit wachen in den Sozialismus hinein!“
„Ut heut' das Gekröh' dieser Sozialisten“
„Klagen rechts! — In den Staat hinein,
Und wieder mit den Kommunisten!“

Mitmachern mit jedem Preis!
Seid zufrieden mit euren Hungerlöhnen —
Reichen sie auf das Gehirn
Der Schlichter und Vorkämpen.

Das werden sie dann Realpolitik
Proleten, greift dort nicht mehr werden.
Um nicht die Geldkapitalist
Nach den Profit nicht zu gefährden.

Tschüß es selbst mal in ihrer Partei
Dann treten die „Winken“ in Aktion
Und gebären sich mit großem Schicksal
Als „revolutionäre Opposition“.

Reinhold aber in den Wahlen
Verprechen sie das Raus vom Himmel;
Dann verlassen sie sich in radikalstem
Und brennendstem Verratenspiel.

Proleten! Raus auch nicht mehr föhren
Von linken Phrasen und Reformisten
Seht die Quittung diesen Verrätern,
Kämpft mit uns! — Wählt Kommunisten!
Herbert Winterfeld

Wer ist wahlberechtigt?

Jeder und jede in Dresden wohnende Deutsche, die am 17. November das 20. Lebensjahr vollendet haben und — einerlei, wie lange — in Dresden wohnen.

Vom Wahlrecht ausgeschlossen sind nur Geistesranke, Einmündige und rechtskräftig der bürgerlichen Ehrenrechte Verbaute.

Alle anderen dürfen und müssen wählen die Liste 4 der Kommunistischen Partei!

Wahlzeit von 9 bis 18 Uhr.

Achtung, Kranke und Invaliden!

Krankheit und körperliche Gebrechen entschuldigen nicht vom Fernbleiben der Stadtverordnetenwahl. Wer nicht allein gehen kann, solle dies sofort der Redaktion der Arbeiterstimme mit, damit er am Sonntag durch die Arbeitermariter abgeholt werden kann.

Arbeiterstimme Dresden, Güterbahnhofstr. 2.

Sozialdemokratische „Heidentaten“

Sozialdemokraten verhindern die Kommunalisierung der Müllabfuhr

Ende April dieses Jahres wurde das vom Rat vorgeschlagene Gesetz über die Kommunalisierung der Müllabfuhr in der Sitzung der Stadtverordneten behandelt.

Das Thema beschäftigte die städtischen Körperschaften schon außerordentlich lange. Dresden als die Stadt, die das hygienischste und sauberste, kann den traurigen Ruhm für sich in Anspruch nehmen, eine der letzten Großstädte zu sein, die sich mit diesem Thema befaßt. Die Sozialdemokraten können für sich den noch ungrößer Ruhm beanspruchen, aus rein wohlhabenden Gründen die kommunale Müllabfuhr zum Scheitern gebracht zu haben. Warum?

Zur Entscheidung kam damals mit dem Ortsrat die Frage der Einführung der verschleierten Wagen von Wagen dem Räder. Die Sozialdemokratische Partei lehnte sich für die „Womag-Planen“, ein Rat aus dem Grunde, weil die Womag den Auftrag nicht erhielt, lehnte sie das gesamte Ortsgesetz ab. Was hat sie für die SPD für die Womag ein?

Am 14. die Kammerarbeiten, die damals bevorstehen, eine gute Wahlplattform für den Gläubiger Arbeitern zu erhalten. Sie hatte damals sogar den Mut, die Womag als den von den kapitalistischen Firmen besten Partner anzupreisen. Diese Anpreisung erfolgte in demselben Moment, da selbst die Metallarbeitersektion ihrer gegen die Womag wegen ihrer ausbeuterischen Methoden gegenüber den Arbeitern Stellung nehmen mußte.

Sie bediente sich dabei rein nationalistischer Begründungen: „Der Auftrag müsse in Sachsen bleiben usw. usw.“

Es war ganz klar, daß für die Kommunisten weder die eine

Die Reformisten spalten weiter

Die Gruppe Altstadt im VfZuF aufgelöst

Immer wird von den Reformisten im Bezirksvorstand die Parole der Mitgliedschaft vorgehalten: „Das Ende der Opposition“ und man stellt dabei allerhand Rechtfertigungen an, wieviel Opposition kann sich noch entwickeln. Da aber die Mitgliedschaft immer mehr erkannt, daß die revolutionäre Opposition der marxistische Flügel ist, wird die Front der Opposition immer härter. Der Bezirksvorstand der: sich das Ziel gesetzt hat, alles auszumergen, was nicht das Mitgliederbuch der religiösen SPD nachweisen kann, geht nun mit den brutalsten Mitteln gegen die Mitgliedschaft vor und spaltet rücksichtslos jede Gruppe in der sich noch ein Funke des revolutionären Kampfes regt. So hätte die Gruppe Altstadt, genannt „die Hilfe im Verband“, eine außerordentliche Mitgliederversammlung am 6. 11. durchgeführt und Stellung genommen gegen die Spaltung des Verbandes. Damit der Bezirksvorstand seine Spaltung begründen konnte, hat er 13 Mitglieder der Bezirksleitung zum Teil aus Freiberg, Arnsdorf und Birna beurlaubt um noch zu retten, was zu retten ist. Trotzdem entschied die Versammlung von 114 Anwesenden gegen 18 Stimmen für die Wieder-entnahme der Ausgeschlossenen und verlangte vom Bezirksvorstand, diese unbedingt durchzuführen. Aber nicht die Einheit des Verbandes hatte diese Entscheidung erreicht, sondern der Bezirksvorstand hatte auf diese Abstimmung nur die Antwort:

„Ausschluss der Gruppe.“

Die SPD als alleinige Sachwalterin der Arbeiterforderungen in der Gemeinde

Seit der sogenannten „Stabilisierung“ der Mark hat sich die Lage der Arbeiter ständig verschlechtert. Die Löhne der Gemeindegewerkschaften und Angestellten sind im realen Wert dauernd gefallen. Der Arbeitgeberverband sämtlicher Gemeinden, der soll durch die bürgerlich-sozialdemokratische Kommunalbürokratie befehligt und von dieser beherrscht wird, hat unter den Gewerkschaften die führende Rolle. Die Gewerkschaftsbürokratie des Gemeindegewerkschaftenverbandes, politisch gebunden an die sozialdemokratische Gemeindebürokratie, hat den Kampf der Gemeindegewerkschaften internistisch labortiert. Der Kampf um die Verbesserung der Lohn- und Arbeitsbedingungen der Gemeindegewerkschaften blieb allein der Opposition, geführt von den Kommunisten, überlassen. So stellten im Herbst 1929 die städtischen Arbeiter die Forderung auf Auszahlung einer

Wirtschaftsbeihilfe in Höhe von 50 Mark.

Die SPD-Fraktion machte diese Forderung zu der ihrigen und stellte im Oktober 1929 den Antrag auf Auszahlung einer Wirtschaftsbeihilfe in Höhe von 50 Mark. Dieser Antrag auf Auszahlung einer Wirtschaftsbeihilfe wurde vom Kollegium angenommen. Der Rat lehnte jedoch die Auszahlung ab. Im Dezember 1929 mußten sich die Stadterordneten wegen der Ablehnung einer Wirtschaftsbeihilfe durch den Rat nochmals damit befassen.

Am gleichen Tage wurde die Opposition eine Verlesung nach den Annahmen einberufen, in der den Kollegen von der kommunistischen Fraktion über den Sachstand berichtet wurde.

Achtung! Alle Dresdner Stadtteile und die Otto-Gruppen melden sofort an die „Arbeiterstimme“ die Lokale, in denen die Genossen am Sonntagabend zur Bekanntgabe der Wahlergebnisse zusammenkommen. Auch Telefonnummern angeben. Redaktion der „Arbeiterstimme“.

Die Versammlung beschloß einstimmig, eine Demonstration nach dem Rathaus zu veranstalten und eine gewählte Delegation zu beauftragen, die Forderung auf Auszahlung einer Wirtschaftsbeihilfe den Fraktionen im Rathaus zu unterbreiten. Bei strenger Kälte zogen städtische Arbeiter, an der Spitze 900 uniformierte Stadterordnete, vor dem Rathaus. Die Delegation verlangte eine Rückfrage mit dem Stadterordnetenamt. Dieser lehnte den Empfang brutal ab.

Ein Antrag der SPD, die Delegation anzuhören, wurde von den Fraktionen ablehnt bis zu den Sozialdemokraten abgelehnt.

Die Sozialdemokraten hatten kein Interesse für die Rat der städtischen Arbeiter.

Lohn- und Arbeitszeitkämpfe

Durch Inanspruchnahme der Gemeindegewerkschaften, zwang man

den Straßenbahnern eine Dienstzeit von 9 Stunden auf alle Verhandlungen mit dem Arbeitgeberverband sämtlicher Gewerkschaften. Auf Grund der Schlichtungsordnung mußte ein Schlichterspruch gefällt, der die Verlängerung der städtischen Arbeitszeit festlegte.

Die SPD-Fraktion stellte demzufolge unter dem 17. Oktober 1927 folgenden Antrag:

1. a) Dem Vertreter der Straßenbahn im Arbeitgeberverband deutscher Gemeinden zu beantragen,

1. seinen Einfluß geltend zu machen, daß der Schlichterspruch über die Arbeitszeit der Straßenbahner abgelehnt ist und grundsätzlich nur zugestimmt, wenn im Schlichterspruch der Achtstundentag anerkannt wird,

2. für den Fall der Ablehnung dieses Forderung im Arbeitgeberverband sofort seinen Austritt zu erklären;

b) die Regelung über die Arbeitszeit und die sonstigen vertraglichen Punkte bis zur Entscheidung über die Punkte 1 und 2 örtlich zu treffen.

Dieser Antrag wurde dem Verwaltungsrat der Straßenbahn zur Beilegung übergeben. Bei der Behandlung dieses Antrages durch den Verwaltungsrat wurde der Antrag abgelehnt, mit der Begründung, daß die Arbeitszeit der Straßenbahner nicht eintreten.

Der Sozialdemokrat Kolk hatte den Rat, den Genossen Gruner wegen dieses Antrages für verrückt zu erklären.

Genau die Stimmen der SPD wurde dieser Antrag abgelehnt. Die Straßenbahner waren aber genau wie die SPD-Vertreter der Auffassung, daß der Lohn, um soviel als die Arbeitszeit vermindert zu erhöhen ist. Die Ablehnung wurde, und die SPD war dadurch gezwungen, den Antrag Gruner als Antrag der SPD einzubringen. Unter dem Druck der Straßenbahner beschloß der Verwaltungsrat der Straßenbahn, eine außerordentliche Lohn-erhöhung von 2 Pf.

Der Kampf um die Freifahrt

Die Werkstätten-, Straßen- und Hofarbeiter der Straßenbahn forderten seit Jahren von der Direktion freie Fahrt von und zur Arbeit. Eine Forderung, die in allen Städten Deutschlands seitens der Straßenbahnverwaltungen erfüllt worden ist. Die SPD und die Direktion lehnten entsprechende Anträge der Arbeiter ab. Bei der Behandlung des Forderungsplan der Straßenbahn durch den Verwaltungsrat 1927 stellte Genosse Schwarz den Antrag auf Gewährung von freier Fahrt für Straßenbahnarbeiter. Die Direktion labortierte diesen Antrag. Sie erklärte auf eine Anfrage Schwarz' im Kollegium, der Verwaltungsrat habe den Antrag abgelehnt. Die diesjährigen Betriebsratswahlen bei der Straßenbahn machten Gewerkschaftsbürokratie und SPD-Stadterordnetenfraktion auf den Plan.

Um die Arbeiterkraft von der Zustimmung zur roten Betriebsratsfraktion abzuhalten, stellten sie den gleichen Antrag wie die SPD.

Die Straßenbahner haben trotz der Sabotage der Gewerkschaftsbürokratie und SPD-Stadterordnetenfraktion die rote Betriebsratsliste mit erheblicher Mehrheit gewählt. Heute befragen die Straßenbahner die freie Fahrt von und zur Arbeit. Ein Erfolg geschlossenen Auftretens unter Führung der Opposition.

Die Kommunisten haben sich in jedem Jahr durch Entwürfe für die Regierarbeit eingefügt. Gegen Entstellungen von Sozialarbeitern bei Straßenbahn, Tiefbauamt und Stadtparkverwaltung führten sie allein den härtesten Kampf.

Die Ruhehofforderungen der Straßenbahner

Bei der Behandlung der Ruhehofforderungen für Arbeiter und Angestellte der Stadtgemeinde forderte die kommunistische Fraktion die volle Beitragsfreiheit und Rückzahlung der Renten der Sozialversicherung auf den Ruhestand.

Von den Sozialdemokraten bis zu den Sozialdemokraten wurden die arbeitereigenen Forderungen des Rates angenommen und die Anträge der SPD niedergebittelt.

Den Gemeindegewerkschaften und Angestellten wurden doppelte Beiträge abgenommen. Sie müssen zahlen einmal zur Sozialversicherung, ferner einen Ruhestandsbetrag von 2 1/2 Prozent des Grundlohnes. Bei eingetretener Invalidität müssen sie sich aber die volle Rente aus der Sozialversicherung auf den Ruhestand gefallen lassen.

Der Arbeitgeberverband sämtlicher Gemeinden bezieht die Gemeindegewerkschaften und Angestellten um die Renten der Sozialversicherung.

Gewerkschaften und Sozialdemokraten gemeinsam stimmten für die Ortsgesetze und damit gegen Arbeiter und Angestellte der Stadtgemeinde.

Städtische Arbeiter und Angestellte! Macht Schluß mit dieser Schacherpolitik, kämpft mit der Opposition gegen Arbeitgeberverband, Reformisten und Sozialdemokraten!

Wählt am 17. November die Liste der Kommunisten!

Arb.-Korr. 1713

Die Blauen Blauen treten auf

am Freitag dem 15. November 20 Uhr im Galtshof Theater. Ferner spricht Gen. Otto Gabel, Eintritt 20 Pfennig.

Der Tod auf den Eisenbahnschienen

In Hier Oberaula bei Kolln ließ sich ein im Entfand der zwanzigsten Jahre lebendes Mädchen aus Brodowitz von einem Zug überfahren — Auf gleiche Weise verstarb in Kolln ein etwa 25 Jahre alter, noch unbekannter Mann Selbstmord auf den Eisenbahnschienen. In den Abendstunden des Dienstagabend noch nicht fest, wer der Überlebende ist, dem der Kopf vollständig vom Kumpel getrennt war.

Küchle Treddner Kinder

Die zur Erholung untergebrachten Treddner Kinder kehren wie folgt zurück, aus Bismarck am 14. November 10.00 Uhr, aus Wilsdorf am 15. November 22.32 Uhr (zur gleichen Zeit treffen auch die Jugendlichen aus Wilsdorf ein), aus Arnsdorf am 19. November 19.55 Uhr. Die Kinder werden während der Fahrt zu den ernennten Zeiten auf dem Treddner Hauptbahnhof abgeholt.

Die Rühmlich-Renten- und Rühmlich-Kochspennungsliste des Klammernbrunnens werden mit Ablauf des Monats November außer Kurs gesetzt, so daß sie vom 1. Dezember 1929 ab nicht mehr als geltendes Zahlungsmittel gelten. Von der Rückzahlung der Reichsnoten und den Staatsnoten werden sie noch bis zum 30. November 1931 eingezahlt.

Cottbus (Freier Männer- und Frauenklub) Sonnabend den 16. November 19.30 Uhr: Kollnastafel in der Gaststätte „Wilmshausen“ (Kollnastafel) Gasthaus „Wilmshausen“, Franz Schmitt, Cottbus (Staatstheater) Eintritt 50 Pf.

Impfungsgegenstände Dresden, Morgen, Freitag, 20. Uhr im Hotel Stadt Petersburg Disinfektionsabend mit dem städtischen Impfstoff. Eintritt frei!

Demonstration für Liste 4

Stadtteile I und II und Arbeiterwehr treffen sich am Freitag, 15. November 1929 18 Uhr auf dem Freiburger Platz zum Werbeamt für Liste 4: Kommunisten!

Vertritt die SPD die Interessen der Gewerkschaftsmitglieder?

Von Herbert Wehner

Die reformistische Verbandshierarchie beruht auf dem Prinzip der strikten parteipolitischen Neutralität. Schon während der Bundestagswahl dieses Jahres trat der ADGB offen für die Wahl der SPD ein. Ortsausschüsse und Ortsgruppen wurden aufgelöst, weil sie im Hinblick auf die Wahl von Kommunisten aufgelöst hätten. Gutgläubige Leute, die bis jetzt an eine parteipolitische Gleichberechtigung in den Gewerkschaften geglaubt haben, werden durch dieses unerhörte Vorgehen der Reformisten ihrer letzten Illusionen beraubt.

Die Gewerkschaften werden offen zu Unhängeln der SPD erklärt

Der Grund aus den Gewerkschaften unbedingte feine Stützen der reformistischen Koalitionspolitik zu machen, ist auch jetzt nicht verweigert worden. Er wird vielmehr, offenbar als je zuvor, demonstriert. Die Grundidee lautet: In dem Maße, wie der letzte Laubstich alter Gewerkschaftsmitglieder und Funktionäre aus den Verbänden ausgeblieben sind, werden diese Verbände nicht mehr als unteilbare Repräsentation angesehen.

Wie ein roter Faden zieht sich durch die Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung die Verbundenheit der freien Gewerkschaften mit der Sozialdemokratie

Wäre das alte ADGB-Organ, die „Gewerkschaftszeitung“, und nicht die Führerkräfte der Mitglieder der SPD, die die Sozialdemokratie der Vorkriegszeit noch die Partei des deutschen Proletariats war, verließen die reformistischen Führer der Gewerkschaften, die von ihrer „Formulierung“ zu befreien und kämpften hartnäckig um ihre Selbstständigkeit. Heute unterteilt die Führung der reformistischen Gewerkschaften nicht mehr von den Führern der SPD. Sie bilden einen untrennbaren Block. Deshalb können sie uneingeschränkt von der Verbundenheit sprechen.

Die Arbeiter in den Betrieben haben nichts mit dieser Verbundenheit der SPD und Gewerkschaftsführer gemein

Ihnen stehen beide als Gegner gegenüber, die in das Lager der Klassenfeinde hinübergewechselt sind. Das Bündnis von Kapital und Wels bringt den Arbeitern nicht die Befreiung vom kapitalistischen Joch. Die Verbindung zwischen Gewerkschaftsopposition und Arbeiterklasse der angeschlagenen Reformpartei führt die Arbeiter tiefer in die Knechtschaft und beraubt sie selbst der menschlichen Rechte, die sie begehren.

Obwohl die SPD und Gewerkschaftsführer in nicht mehr der proletarische Klassenkampf. Er hat sich gemacht dem Interesse und dem Verantwortungsbereich für das Wohl und Gelingen der kapitalistischen Wirtschaft, deren Wohl den ADGB-Führern mindestens ebenso am Herzen liegt, wie den Unternehmern selbst. Diese Liebe ist nicht eine platonische. Sie ruht auf recht greifbaren Grundlagen; hat doch 3,8 der Arbeiterverdienst 3 Millionen Mark der von den Mitgliedern einbezogenen Gelder in Afrika untergebracht. Mit der materiellen Beteiligung an der 36-Arbeitsstundenwoche macht das Interesse an einer „politischen“, „sozialistischen“ Politik. Die Bürokraten ziehen das Kapital an sich und die Führer des Klassenkampfes vor.

Als Mitglied der verantwortlichen Sekretariat des ADGB für Gedenken Herr Karl Kautz, im London der Räteregierung das Angebot unterbreitete, Mittel der Arbeiterbank zur Durchföhrung von Hoffenarbeiten an den künftigen Staat darzubieten, wurde die SPD-Fraktion vom bürgerlichen Parteiparlament getrennt.

„Wir dachten, Sie brauchen das Geld zur Finanzierung von Streiks?“

Damit wurden die „linken“ Demagogen noch einmal an ihre demokratischen Redeschulden erinnert. Sie werden dem Bürgerium empfindlicher nachweisen, daß es keine Sorge zu fühlen braucht, wenn die Reformisten fühlen sich so unmittelbar verantwortlich für Ruhe und Ordnung im demokratischen Staat, daß sie lieber die Waffen gegen die Arbeiter richten lassen, statt sich an die Spitze zu stellen, energisch geführter Streikbewegungen zu helfen. Ihre Streikbrecherpolitik während des Berliner Kaffeearbeiterstreiks, der Einleit harter Polizeikräfte gegen Streikende und Streikbrecher zeigen ebenso wie die Zusammenarbeit anlässlich des Arbeitermordes am 1. Mai 1929 in Berlin, daß die SPD das letzte Bollwerk ist, das sich schützend vor der kapitalistischen Klasse aufstellt.

Wirtschaftsdemokratie ist das Verdünnungsmittel für die Massen

Das ihnen in allen Ländern gelehrt wird, damit der immer untragbarer werdende Druck der kapitalistischen Nationalökonomie nicht zum Ausbruch revolutionärer Erhebungen der Arbeiter wird. Mit dem Schlußwort:

„Die Zusammenlegung der Parlamente entscheidet über das Wohlergehen der Arbeiter“

Wird die maßlose Empörung der Arbeiter über ihre sich täglich verschlechternde Lage in den Abstellbahnhof des bürgerlichen Parlamentarismus geleitet. Statt die Kämpfe der Arbeiter in den Betrieben zu organisieren, um sie zum Erfolg zu führen, vertritt die Gewerkschaftsopposition die Arbeiter auf die Gemeindepolitik, von der nun ihr Heil kommen soll.

„Die Grundlagen der demokratischen Volksgemeinschaft sind die sich selbst verwaltenden, an die Spitze des Staates gebundenen freien Gemeinden. Ihr Wohlergehen ist identisch mit dem Wohlergehen der Bürger. Die Gemeinden sind im demokratischen Staat, unter einem demokratischen Wahlrecht aus Wahlinstrumenten des Kapitals umzubilden zu Einrichtungen, deren oberstes Gesetz die Wahl zum Allgemeinwohl ist.“

Das ist die „marginale“ Grundidee, mit der die „Gewerkschaftszeitung“ des ADGB die Rolle der Gemeinde im kapitalistischen Staat beschreibt. Bei einer solchen Auffassung ist es begreiflich, daß diese Zeitung sagt: Die Gewerkschaften sind im härtesten Maße am Wohlergehen der Gemeinden interessiert.

Dah die Gemeinde das letzte Glied des kapitalistischen Machtapparates ist, haben die grundlegenden ADGB-Führer „vergessen“.

Sie stimmen ein Märchen von der gegenseitigen Tüchtigkeit der Gemeinden, um so die Arbeiter für die „positive“ Mitarbeit zu begeistern. Dabei müssen die Reformisten selbst gehen, daß allein im Reich der Bundesrepublik Berlin-Brandenburg

rund 100000 Arbeitslose ohne einen Pfennig Unterstützung

find, wie eine Erhebung am 26. Oktober 1929 ergab. Auch die Arbeitslosen des Deutschen Reiches vom 15. Februar 1929 sind nicht zu vernachlässigen, nach denen in Deutschland

rund 400000 nichtunterstützte Erwerbslose

vorhanden waren.

Diese Tatsachen werden durch die Abgabe des sozialdemokratischen Stimmzettels nicht aus der Welt geschafft, aber auch nur gemindert. Im Gegenteil! Jede Stimme für die sozialverhaltende SPD dient der weiteren Verschlechterung der Lage der Gesamtarbeiterklasse. Dafür spricht der Erfolg des Präsidenten der Reichsanstalt für Arbeitsvermittlung und Arbeitslosenversicherung, der unter Mitwirkung der offiziellen ADGB-Festredner Spieth, Vöhrte und Schröder während am 1. Juni hielt es:

„Vor allem ist es Aufgabe der Arbeitsämter, mit den Arbeitgeberverbänden in Verbindung zu treten und Vereinbarungen zu schließen, wodurch sichergestellt wird, daß die Arbeitgeber die Arbeitsfähige für ihre Person nur dann mit Geld unterstützen, wenn sie arbeitsfähig sind. Es muß erreicht werden, daß auch die Wohlfühlpolitik ihre Auswirkungen an Arbeitsfähige in allen Fällen davon abhängig macht, daß diese Arbeitsfähige sich regelmäßig nach Anweisung des Arbeitsamtes bei diesem melden und um Arbeit bemühen.“

Generierung und Willkür, die Entzug der Sozialversicherung, ergriffen im Juni dieses Jahres durch einen Erlass die oben angeführten Drabungen. Sie rieten den Ministern der Länder, die Arbeitsämter zur Herbeiführung der

Zwangsgeld

zu drängen. „Wenn irgend möglich, sollte die Unterbringung der Arbeitslosen von einer Arbeitsleistung abhängig gemacht werden; bei fehlenden Arbeitslosen wird eine Unterbringung durch den Arbeitgeber überhaupt nicht in Betracht kommen.“

Damit werden die Gemeinden dazu angehalten, ihre Arbeiter künftig nur noch durch Wohlfühl- bzw. Hoffenarbeiten erziehen zu lassen. Deren niedrige, unterirdische Löhne drücken die Löhne der Gemeindearbeiter, deren Wohlfühlgeben den Gewerkschaftsführern angeblich nahe geht. Die Stadt Köln beschäftigt demzufolge 95 Prozent Hoffenarbeiter und nur 5 Prozent Gemeindearbeiter. Infolge der neuen Reform der Arbeitslosenversicherung, durch die weitere zehn- und hunderttausende Arbeiter neu zum Herr der Ausgebeuteten haben müssen, werden sich diese Prozentzahlen weiter ungünstig verändern.

Für die kämpfende Arbeiterschaft wackelt damit eine große Gefahr heran. Es liegt im Plan der Bourgeoisie, das Erwerbslosentum als Druck- und Einschüchterungsmittel gegen die auf bessere Arbeitsbedingungen kämpfenden Arbeiter zu mißbrauchen. Durch die Politik der Reformisten wird dieser Plan tatkräftig unterstützt.

Bei verschiedenen Wirtschaftskämpfen forderten die SPD-Gemeindegewerkschaften Unterstützung aus Gemeindegeldern, damit die unorganisierten Arbeiter nicht durch Not zur Kapitalisation

gezwungen werden können. In Mitteldeutschland schlossen die Reformisten dafür die Gemeindegewerkschaften aus den Gewerkschaften aus. Beim letzten Textilarbeiterkampf in Schlesien erklärte den kommunistischen Forderungen gegenüber der Reformist Heibel:

„Die Unorganisierten können ruhig in die Betriebe hineingehen, die Organisierten werden solange kämpfen, bis ihre Forderungen erfüllt sind.“

Damit brachte er zum Ausdruck, daß es ihm lieb wäre, wenn ihm die Unorganisierten Gelegenheit gäben, sie als Streikbrecher zu bezeichnen.

Einige Tage später erklärte derselbe Reformist:

„Und wenn nicht mehr erreicht werden konnte, dann sind eben die vielen Unorganisierten Schuld.“

Ebenso offensichtlich war die verräterische Haltung der SPD-Fraktion in Jöhnes gegenüber der kommunistischen Forderung, den unorganisierten Arbeitern möge von der Stadt die Rückstellungspflicht für die während einer Kuspierung erhaltenen Unterstützungen erlassen werden.

Auf gleicher Linie bewegt sich das Verhalten der Dresdener SPD-Fraktion während der Metallarbeiterausperrung 1928. Die Kommunisten beantragten:

„Kollegium möge beschließen, den Rat zu ersuchen, allen kreisförmigen und angepörrten Metallarbeitern nicht rückzahlbare Unterstützung in der Höhe der gehobenen Fürsorgeunterstützung zu gewähren.“

Gegen diesen Antrag wandten sich die bürgerlichen Vertreter. Ihr Argument war die „Neutralität“ in Wirtschaftskämpfen. Durch die SPD wurden sie trefflich unterstützt. Sie beantragte: Kollegium möge beschließen, den durch den jetzigen Metallarbeiterkampf in der Reichsbank in Not geratenen Metallarbeitern und ihren Familien bei Bedürftigkeit auf Antrag die durch das Gesetz über Art, Maß und Voraussetzungen der öffentlichen Fürsorge gesicherte Unterstützung in weitestgehendem Maße zu gewähren.“ Dieser Antrag sollte bewirken, daß die Ausperrten persönlich ihre Beiträge zur Fürsorgeunterstützung stellen könnten. Dieser Antrag wurde vom Bürgerium angenommen. Das ist kennzeichnend für seinen Wert für die Kampfenden.

Die SPD-Vertreter in den Gewerkschaften und in den betrieblichen Stellen des bürgerlichen Staates ergänzen einander trefflich.

Streikbrecher Ulrich wird ergänzt vom Würder Jürgel, denen wieder Streikbrecher Willig halt und Stöbe durch seine Verbindlichkeitsverpflichtungen gibt.

Auf allen kommunalpolitischen Gebieten (die übrigens untreuer verbunden sind mit den Gebieten der Reichs- und Landespolitik, sowie mit den Fragen der Wirtschaftskämpfe) unterstützt die Linie der SPD nicht der Linie der Bourgeoisie. Das zeigt sich vor allem auf dem Gebiete der Wohnungspolitik, auf dem der Dresdener Rat nicht weniger Stühle der Unternehmer ist, wie der Treibler Kämpel, der sich kämpfend müht, die Arbeiter für seine Pläne zu weilen. Das zeigt aber auch die Gemeindegewerkschaft der SPD und der bürgerlichen gegenüber der Frage der Verschönerung der Kommunalbetriebe an die Privatunternehmer. Es dürfte der Stiller, Prolet-Partei auch in ähnlichen Scherereien, die Politik ihrer Führer u. Co. zu verrufen.

Es ergibt sich also durchaus nicht eine Gemeinsamkeit der Interessen von Gewerkschaftsmitgliedern mit der SPD.

Die Arbeiter müssen in Segenheit deutlich abdrücken von den wirtschaftlich-reformistischen Plänen der SPD und Gewerkschaftsführer. Sie können ihre Forderungen nur im außerparlamentarischen Kampf gegen die kapitalistische Nationalökonomie, gegen die Klassenverleumdung durchsetzen. Deshalb rufen die Arbeiter in den Betrieben und Gewerkschaften gleichzeitig zur Abrechnung mit Bourgeoisie und Reformismus am 17. November und zum Reichstagskongreß der revolutionären Gewerkschaftsopposition, der am 30. November und 1. Dezember in Berlin tagen wird.

Die Reformisten mißbrauchen den Gewerkschaftsapparat zur Propaganda für die SPD

Arbeiter in den Betrieben! Gewerkschaftsmitglieder! Erwerbslose! Zeigt ihnen am 17. November, daß ihr Erkenntnis, daß die SPD die Interessen der Arbeiterklasse vertritt, daß auch nicht beider! Wählt Kommunisten in den Gemeinderäten, damit Vertreter in die Kommunalparlamente zu schicken, die euren Kampf in den Betrieben und auf den Stempelstellen den richtigen Ausdruck auch in den Kommunen geben werden!

Wählt Kommunisten, die unbedinglich auch auf der Parlamentariertribüne den Kampf um die endgültige Befreiung der Arbeiterklasse führen!

Kleines Feuilleton Konzerte der Woche

„Nacht hat nichts mit Politik zu tun (wie sind anderer Meinung?). Nacht soll Herz und Gemüt erheitern und die Sorgen des Alltags vertreiben.“ So lautet der Vortrag und seine Zusammenfassung.

Auf solchem bloßen Ammenrederien, teilweise noch darunter, werden mit einer Ausnahme alle musikalischen Veranstaltungen der Woche. Die Ausnahme: Die Kunst der Frau (Kunst ist ein besonders kunstvoll „ineinandergefülltes“ Netz, bei dem das Spiel der Stimmen gegeneinander, der Kontrapunkt, höchste Meisterkunst erfordert). Keine Rede, allerdings ohne theoretische Einführung über zu verstehen und zuletzt auf einmal. Dazu: Streichquartett 150 Mark, Einpläne von 2 Mark an! (Wer kann das leisten? Ein Prolet nicht!)

Schlusssatz, 1. Karillon der Staatsoper Berlin, ist Deutschland geliebter Karillon, er mußte also bei keinem Konzert im Reichshaus entsprechend gelehrt werden. Es liegt fest, er kann etwas, außerdem aber eine raffinierte Programmnummer. Beginn: Gottes ist der Orient, Schluß: Champagnerlied (Don Juan). So etwas wollen die Pensionatgänger wissen.

Vom „vollständigen Wiederabend“ des Rundfunkensors Kaufmann war jetzt die Tante am Nordrandplatz entsetzt, als er sich leidenschaftlich produzierte. Ähnlicher Fall, aber für den Rundfunkhörer ist solcher Mühe gut.

In Bielefeld lernten wir eine junge, begabte Geigerin kennen, deren laubende Technik einen ansprechenden Eindruck hinterließ, obwohl dieses nicht sehr eindrucksvoll geführte wurde. Bemerkenswert an diesem Abend wieder die edle Mäßigkeit des eindrucksvollen Publikums.

Am Sonnabend, nachts, hörten wir die Weintaus Sappatores in der Kneipe. Sie sind eine leuchtende Erscheinung, allerdings eine technisch ganz hervorragende. Um so mehr Grund, sich über die Mäßigkeit ihrer Musik zu wundern. Sie wollten den Tag, der eigentlich immer nur Parodie, Verpörrung des Klaviers, sein kann, „kultivieren“, zu ernstlicher Musik machen und dabei kam ein geistlicher Tonlatat heraus, der höchstens einem entarteten Bürgerium an den perversten Nerven zerren

kann, uns aber (eben als Nacht vieler Bourgeois) ganz fast sagt. Art, Fächer, wie alle als Anfänger damit her, aber zu delikater Geste (etwa auf die ganze Gesellschaft) hatte er nicht die Kraft (aber den Mut).

Staatsoper, 2. Sinfonieouvertüre (Reihe A). Wir schreiben an dieser Stelle für die „Kunst der Frau“ (Reihe B) ein zweifaches. Seine Kompositionen sind deshalb auch bei der konzertistischen Arbeiterschaft beliebt. Hauptsächlich ein Monument Symphonie „Kunst“ (das ist ein modernes Beispiel) und es ist viel mehr als bloße „Kulturstimmung“. Es ist eine neue „Kunst“ der „Kunst“ der „Kunst“. Die „Kunst der Frau“ von Mendelssohn-Bartholdy, romantischer Charakter, ausführend: Kapellmeister durch einen Kommandanten, bracht Ruhe und der Kapelle lebhaften Beifall.

Die Pianoforte gäbten mit einem ausgewählten Programm in Dresden. In der Stellung zu diesem Chor ist bekannt genug, um sie hier nochmals zu erwähnen. Das letzte Konzert sollte in musikalischer Hinsicht, das es einerseits immer mehr um fremd bleibende fischliche Gelänge denoren und daß in den weissen Geländen eine gekippte Virtuosität um sich greift, die die menschliche Stimme zu einem nachahmenden Instrument degradiert. Die Pianoforte haben dem lebenden Klang in jeder Beziehung fern.

Chorkonzert. Die Herrin Wäner und Atakender Wänerischer Grund, Wäner und Wänerischer Wäner und Wänerischer Wäner. In der Stellung zu diesem Chor ist bekannt genug, um sie hier nochmals zu erwähnen. Das letzte Konzert sollte in musikalischer Hinsicht, das es einerseits immer mehr um fremd bleibende fischliche Gelänge denoren und daß in den weissen Geländen eine gekippte Virtuosität um sich greift, die die menschliche Stimme zu einem nachahmenden Instrument degradiert. Die Pianoforte haben dem lebenden Klang in jeder Beziehung fern.

einen guten Eindruck mit nach Hause zu nehmen. Der Eintrittspreis ist auf niedrigste bemessen und beträgt 1,20 Mark. Der Beginn ist auf Punkt 19 Uhr festgelegt.

Wara Wigman hatte sich zu ihrem zehnjährigen Jubiläum mit ihrer neuen „Liederdichtung“ „Schwingende Landschaft“ vor (Warum „Schwingende“ Landschaft?). Dieser Jokus zeigte mit einer fatalen Deutlichkeit wie ausgeschlossen ist die Ideenwelt der Wigman in dem Jahrzehnt hat. Man kann eben dieser inneren Werte nur entgegen, wenn man mit den Zeitbedingungen geht. Der religiöse Multisystem in den Tönen der Wigman, der einmal echt gemessen sein mag (und den wir auch da ablehnen müssen) ist heute bei ihr nur noch inhaltliche Nähe. Und sie erkennt dies auch selbst; sie kommt in ihrem Jokus ein „Vokale“ in Fimmelblau und einen „Schönen Sommerlichen Lärm“, die das einheitliche Gesicht, das ihr Schaffen einmal hatte, verloren. Ja, sie muß sogar zu billigen Effekten greifen, die jede bessere Kalligraphie auch kann, in „Kunstlicher Rhythmus“ und das mit Schiller in „Näherlichen“ „Kunst“ getanzt „Sturmlied“ (Windstärke 0,25). Die „Kunstwerke“ zeigen ihr rein formales Können, das nicht bestritten werden soll, aber formales Können ist in diesen wenig Einigen Eindruck hinterließ nur „Gesicht der Nacht“, das etwas „näher“ war, als etwa die milderliche religiöse Vergänglichkeit des „Sommerlichen Lärm“. Nach ein Zeichen der Unproduktivität ihrer erschöpften Ideen; sie übersteigt die Wiederholung des Reizthemas der einzelnen Jokus über Alles in allem ein trauriges Ergebnis einer zehnjährigen Entmündung. Dafür büßt sie auch der kleine Metallarbeiter: Sewering als die Wänerbetreuerin der deutschen Tangst. Es muß es ja wissen. O. F.

Rundfunk

Donnerstag den 14. November

16.45: Nachmittagskonzert, 18.00: Stenografenrundfunk, 18.20: Wetterausgabe und Zeitangabe, 18.30: Spanisch, 18.55: Zeitangabe, 19: In der Sprechstunde des Gewerkschaftslehrers, 19.30: Wagon Piccolo (früher Oper in 4 Akten), 22.15: Konzerte: „Kunst der Frau“, Zeitangabe, Wetterausgabe, Preisbericht und Sportnachricht, 22.30: Juni-Tangst, 23.15: „Kunst der Frau“.

Was fordern werftätige Frauen von den Gemeindevertretern?

Die Hausfrauen und Arbeiterinnen tragen ein doppeltes Joch, sie spüren Not und Elend am härtesten. Den ganzen Tag frönen in der Fabrik, kommt ihr Arbeiterinnen in eure dumpfen Licht- und Luftlosen Wohnungen, dann geht die Plage von neuem los. Nichts steht man im Proletarierhaushalt von den technischen Erfindungen des 20. Jahrhunderts, nichts von den elektrischen Oefen, Maschinen, Staubsaugern und Wäschmaschinen. Die Arbeiterfrau muß mit ihren müden Händen weiter Karstfelsen schälen, die Dörfer leeren und Wälder rumpeln. Zusammengepreßt, in engen Räumen haucht ihr.

Trotzdem prahlt die SPD vom Wohnungsbau. Ja, Wohnungen werden gebaut für die ihr die Wirten nicht erschwingen könnt. Hingy kommt, daß ihr für die notwendigen Bedarfsartikel, Wasser, Gas, Elektrizität die teuersten Preise zahlen müßt. Der Haushaltshaushalt mit seinen technischen Apparaten zahlt 7 Prozent für den elektrischen Strom und die Arbeiterfrau 10 Prozent. Das Gas wird dem Erwerbslosen, der nicht zahlen kann, abgerechnet.

Was merkt die Arbeiterin von der Krankenkasse? Du kannst krank sein, der Vertrauensarzt schreibt dich gesund. Warum?

Wird die SPD an den Ausgaben für Kranke Tausende von Mark geschrieben hat. Die Sozialdemokratie macht ein großes Geschrei über den Schutz für Mutter und Kind. Aber was ist es mit dem Mutterchutz, wenn schwangere Arbeiterinnen an der Maschine zusammenbrechen. Sie müssen bis zum letzten Tage arbeiten, weil sie von den wenigen Pfennigen Krankengeld nicht leben können.

Die Forderung der Kommunisten, Bezahlung des vollen Lohnes, wurde abgelehnt.

Was nützt die gesetzliche Strafbank, wenn es keine Kinderkrippen gibt?

Was nützen Mutterberatungsstellen, wenn dort mit der Not nicht geholfen wird?

Trotzdem der kommunistische Antrag, Wäscherinnen eine Extrabehälter in Wäsche um zukommen zu lassen, angenommen wurde, so wird diese Hilfe durch die Schlämme der Fürsorgeämter den Arbeiterinnen oft verweigert. Meliorierung von Milch sowie Kindererziehungen wurden eingeschränkt.

Die SPD läßt, wenn sie sagt, sie baue die Sozialfürsorge aus. Der Sozialdemokrat bühret nahm Millionen Streichungen an den Ausgaben für

- Hilfsschulen
- Krankspflegeamt
- Häbl. Kinderheimen
- beim Wohlfahrtsamt um

Wir fordern Streichung der Ausgaben für Polizei und Kriegsvorfällen, Erhöhung der Ausgaben für soziale Zwecke.

Als leuchtendes Beispiel steht vor uns die russische Sowjetkommune. Die Frauen sind dort mit in den Sowjets, sie haben mit Gesetz und Einrichtungen zur Erleichterung der Arbeit der Frauen. Die Sowjetkommune besitzt die schönsten Kinderheime, den besten Schutz für Mutter und Kind. Bei Bezahlung des vollen Lohnes und Extrabehältern ist die Arbeiterfrau acht

Wochen vor und nach der Geburt von der Arbeit befreit. Richtige Wohnungen für die Arbeiterfamilien, Sports- und Spielplätze, Theater, alles für die Werftätigen.

Deshalb wir wissen, daß das, was die russischen Frauen haben, nur zu erreichen ist durch die Revolution, den Sturz der kapitalistischen Gesellschaft, so verlangen wir auch von unseren Vertretern, daß sie den Kampf aufnehmen in den Gemeindefür:

- Billige und gesunde Wohnungen
- Herabsetzung der Mieten
- Herabsetzung von Gas, Wasser und Elektrizität
- zentrale Koch- und Waschküchen
- Kinder- und Wäscherinnenheime
- Kinderkrippen, freie Verbreitung von Beihilfen
- Ausbau von Kinderkrippen.
- Vielen Kampf führen nur die Kommunisten

Die Sozialdemokraten versprechen viel, aber wenn sie Vereinbarungen mit dem Bürgertum getroffen haben, weil sie mit ihm in einer Regierung sitzen, dürfen sie keine Gelder für die Arbeiter bewilligen. Sie bauen Panzerkreuzer für die Bourgeoisie und lehnen die Kinderkrippen für die Arbeiter ab.

Nur die Kommunisten, die den Ausbeutern den härtesten Kampf anlagen, kämpfen auch in den Gemeinden im Interesse der werftätigen Frauen.

Deshalb wählen die proletarischen Frauen als ihre Vertreter in das Rathaus die Kommunisten!

Eine neue Etappe

reformistischer Spaltungspolitik

im Arbeiter-Turn- u. Sport-Bund

Material zu den Vorgängen im 4. Kreis (Sachsen) des ATuSB.

PREIS 10 PFENNIG

Zu beziehen durch die Interessengemeinschaft zur Wiederherstellung der Einheit im Arbeitersport, Berlin, Landsbergerstr. 82

KPD Bezirk Ostsachsen

Adresse: Kurt Siedermann, M. d. L. SEKRETARIAT Dresden-Altsadt, Columbusstraße 9 Anruf 28031

Alle Betriebszellenleiter

heute wichtiges Material abholen im Parteibüro, Columbusstraße 9

Alle Ortsgruppen und Stadtteile müssen bis Sonnabend reiflos alle Sammellisten abrechnen!

Freitag den 15. November
Stadtteil 1, 3. u. 7. 19.30 Uhr bei Stöckel, Theaterstraße. Jede wichtige Betriebszelleleiter müssen sich persönlich bei Stöckel melden. 19.30 Uhr im Hotel Erbprinz: KPD-Bezirksleiterkonferenz

Sonntag den 17. November
Stadtteil 4, 3. u. 7. 20.15 Uhr treffen bei Stöckel, Theaterstraße. Jede Betriebszelleleiter müssen sich persönlich bei Stöckel melden. 20.15 Uhr im Hotel Erbprinz: KPD-Bezirksleiterkonferenz

Erwerbslosen-Versammlungen:

Freitag den 15. November
Rudolpha. 14 Uhr im Hotel Erbprinz: Städt. Erwerbslosen-Versammlung. 17 Uhr im Hotel Erbprinz: Städt. Erwerbslosen-Versammlung. 19.30 Uhr im Hotel Erbprinz: Städt. Erwerbslosen-Versammlung

Kommunistischer Jugendverband

Dienstag den 14. November
Dresden, 19.30 Uhr im Hotel Erbprinz: Städt. Erwerbslosen-Versammlung. 19.30 Uhr im Hotel Erbprinz: Städt. Erwerbslosen-Versammlung

Freitag den 15. November
KPD-Bezirksleiterkonferenz im Hotel Erbprinz, Theaterstraße 14. Jede wichtige Betriebszelleleiter müssen sich persönlich bei Stöckel melden. 19.30 Uhr im Hotel Erbprinz: KPD-Bezirksleiterkonferenz

ATuSB (Bund proletarischer Frauen)

Dienstag den 14. November
Dresden, 19.30 Uhr im Hotel Erbprinz: Städt. Erwerbslosen-Versammlung. 19.30 Uhr im Hotel Erbprinz: Städt. Erwerbslosen-Versammlung

Freitag den 15. November
Dresden, 19.30 Uhr im Hotel Erbprinz: Städt. Erwerbslosen-Versammlung. 19.30 Uhr im Hotel Erbprinz: Städt. Erwerbslosen-Versammlung

Sonntag den 17. November
Dresden, 19.30 Uhr im Hotel Erbprinz: Städt. Erwerbslosen-Versammlung. 19.30 Uhr im Hotel Erbprinz: Städt. Erwerbslosen-Versammlung

Montag den 18. November
Dresden, 19.30 Uhr im Hotel Erbprinz: Städt. Erwerbslosen-Versammlung. 19.30 Uhr im Hotel Erbprinz: Städt. Erwerbslosen-Versammlung

Dienstag den 19. November
Dresden, 19.30 Uhr im Hotel Erbprinz: Städt. Erwerbslosen-Versammlung. 19.30 Uhr im Hotel Erbprinz: Städt. Erwerbslosen-Versammlung

Mittwoch den 20. November
Dresden, 19.30 Uhr im Hotel Erbprinz: Städt. Erwerbslosen-Versammlung. 19.30 Uhr im Hotel Erbprinz: Städt. Erwerbslosen-Versammlung

Donnerstag den 21. November
Dresden, 19.30 Uhr im Hotel Erbprinz: Städt. Erwerbslosen-Versammlung. 19.30 Uhr im Hotel Erbprinz: Städt. Erwerbslosen-Versammlung

Freitag den 22. November
Dresden, 19.30 Uhr im Hotel Erbprinz: Städt. Erwerbslosen-Versammlung. 19.30 Uhr im Hotel Erbprinz: Städt. Erwerbslosen-Versammlung

Sonntag den 24. November
Dresden, 19.30 Uhr im Hotel Erbprinz: Städt. Erwerbslosen-Versammlung. 19.30 Uhr im Hotel Erbprinz: Städt. Erwerbslosen-Versammlung

Montag den 25. November
Dresden, 19.30 Uhr im Hotel Erbprinz: Städt. Erwerbslosen-Versammlung. 19.30 Uhr im Hotel Erbprinz: Städt. Erwerbslosen-Versammlung

Dienstag den 26. November
Dresden, 19.30 Uhr im Hotel Erbprinz: Städt. Erwerbslosen-Versammlung. 19.30 Uhr im Hotel Erbprinz: Städt. Erwerbslosen-Versammlung

Mittwoch den 27. November
Dresden, 19.30 Uhr im Hotel Erbprinz: Städt. Erwerbslosen-Versammlung. 19.30 Uhr im Hotel Erbprinz: Städt. Erwerbslosen-Versammlung

Donnerstag den 28. November
Dresden, 19.30 Uhr im Hotel Erbprinz: Städt. Erwerbslosen-Versammlung. 19.30 Uhr im Hotel Erbprinz: Städt. Erwerbslosen-Versammlung

Freitag den 29. November
Dresden, 19.30 Uhr im Hotel Erbprinz: Städt. Erwerbslosen-Versammlung. 19.30 Uhr im Hotel Erbprinz: Städt. Erwerbslosen-Versammlung

Sonntag den 31. November
Dresden, 19.30 Uhr im Hotel Erbprinz: Städt. Erwerbslosen-Versammlung. 19.30 Uhr im Hotel Erbprinz: Städt. Erwerbslosen-Versammlung

Montag den 1. Dezember
Dresden, 19.30 Uhr im Hotel Erbprinz: Städt. Erwerbslosen-Versammlung. 19.30 Uhr im Hotel Erbprinz: Städt. Erwerbslosen-Versammlung

Dienstag den 2. Dezember
Dresden, 19.30 Uhr im Hotel Erbprinz: Städt. Erwerbslosen-Versammlung. 19.30 Uhr im Hotel Erbprinz: Städt. Erwerbslosen-Versammlung

Mittwoch den 3. Dezember
Dresden, 19.30 Uhr im Hotel Erbprinz: Städt. Erwerbslosen-Versammlung. 19.30 Uhr im Hotel Erbprinz: Städt. Erwerbslosen-Versammlung

Donnerstag den 4. Dezember
Dresden, 19.30 Uhr im Hotel Erbprinz: Städt. Erwerbslosen-Versammlung. 19.30 Uhr im Hotel Erbprinz: Städt. Erwerbslosen-Versammlung

Freitag den 5. Dezember
Dresden, 19.30 Uhr im Hotel Erbprinz: Städt. Erwerbslosen-Versammlung. 19.30 Uhr im Hotel Erbprinz: Städt. Erwerbslosen-Versammlung

Sonntag den 7. Dezember
Dresden, 19.30 Uhr im Hotel Erbprinz: Städt. Erwerbslosen-Versammlung. 19.30 Uhr im Hotel Erbprinz: Städt. Erwerbslosen-Versammlung

Montag den 8. Dezember
Dresden, 19.30 Uhr im Hotel Erbprinz: Städt. Erwerbslosen-Versammlung. 19.30 Uhr im Hotel Erbprinz: Städt. Erwerbslosen-Versammlung

Dienstag den 9. Dezember
Dresden, 19.30 Uhr im Hotel Erbprinz: Städt. Erwerbslosen-Versammlung. 19.30 Uhr im Hotel Erbprinz: Städt. Erwerbslosen-Versammlung

Mittwoch den 10. Dezember
Dresden, 19.30 Uhr im Hotel Erbprinz: Städt. Erwerbslosen-Versammlung. 19.30 Uhr im Hotel Erbprinz: Städt. Erwerbslosen-Versammlung

Donnerstag den 11. Dezember
Dresden, 19.30 Uhr im Hotel Erbprinz: Städt. Erwerbslosen-Versammlung. 19.30 Uhr im Hotel Erbprinz: Städt. Erwerbslosen-Versammlung

Freitag den 12. Dezember
Dresden, 19.30 Uhr im Hotel Erbprinz: Städt. Erwerbslosen-Versammlung. 19.30 Uhr im Hotel Erbprinz: Städt. Erwerbslosen-Versammlung

Sonntag den 14. Dezember
Dresden, 19.30 Uhr im Hotel Erbprinz: Städt. Erwerbslosen-Versammlung. 19.30 Uhr im Hotel Erbprinz: Städt. Erwerbslosen-Versammlung

Montag den 15. Dezember
Dresden, 19.30 Uhr im Hotel Erbprinz: Städt. Erwerbslosen-Versammlung. 19.30 Uhr im Hotel Erbprinz: Städt. Erwerbslosen-Versammlung

Dienstag den 16. Dezember
Dresden, 19.30 Uhr im Hotel Erbprinz: Städt. Erwerbslosen-Versammlung. 19.30 Uhr im Hotel Erbprinz: Städt. Erwerbslosen-Versammlung

Mittwoch den 17. Dezember
Dresden, 19.30 Uhr im Hotel Erbprinz: Städt. Erwerbslosen-Versammlung. 19.30 Uhr im Hotel Erbprinz: Städt. Erwerbslosen-Versammlung

Donnerstag den 18. Dezember
Dresden, 19.30 Uhr im Hotel Erbprinz: Städt. Erwerbslosen-Versammlung. 19.30 Uhr im Hotel Erbprinz: Städt. Erwerbslosen-Versammlung

Freitag den 19. Dezember
Dresden, 19.30 Uhr im Hotel Erbprinz: Städt. Erwerbslosen-Versammlung. 19.30 Uhr im Hotel Erbprinz: Städt. Erwerbslosen-Versammlung

Sonntag den 21. Dezember
Dresden, 19.30 Uhr im Hotel Erbprinz: Städt. Erwerbslosen-Versammlung. 19.30 Uhr im Hotel Erbprinz: Städt. Erwerbslosen-Versammlung

Montag den 22. Dezember
Dresden, 19.30 Uhr im Hotel Erbprinz: Städt. Erwerbslosen-Versammlung. 19.30 Uhr im Hotel Erbprinz: Städt. Erwerbslosen-Versammlung

Dienstag den 23. Dezember
Dresden, 19.30 Uhr im Hotel Erbprinz: Städt. Erwerbslosen-Versammlung. 19.30 Uhr im Hotel Erbprinz: Städt. Erwerbslosen-Versammlung

Mittwoch den 24. Dezember
Dresden, 19.30 Uhr im Hotel Erbprinz: Städt. Erwerbslosen-Versammlung. 19.30 Uhr im Hotel Erbprinz: Städt. Erwerbslosen-Versammlung

Donnerstag den 25. Dezember
Dresden, 19.30 Uhr im Hotel Erbprinz: Städt. Erwerbslosen-Versammlung. 19.30 Uhr im Hotel Erbprinz: Städt. Erwerbslosen-Versammlung

Freitag den 26. Dezember
Dresden, 19.30 Uhr im Hotel Erbprinz: Städt. Erwerbslosen-Versammlung. 19.30 Uhr im Hotel Erbprinz: Städt. Erwerbslosen-Versammlung



Die Kauf-Kredit A.-G. Zürich

Zweigniederlassung Berlin, eröffnet am 15. November die Annahmestelle:

● Dresden • Wallstraße 17

Wir geben Ihnen Kredit

nach Prüfung • Bitte besuchen Sie uns und wir sagen Ihnen unsere Geschäftsbedingungen

Das Warenhaus

Hermann Tietz • Dresden

nimmt unsere Kreditscheine als Barzahlung für alle Waren an

Kauf-Kredit A.-G. Zürich

Zweigniederlassung Berlin • Markgrafenstraße 28

Annahmestelle: Dresden • Wallstraße 17

Bürozeit täglich von 9 bis 5 Uhr

Pirna

Frich Schneider, Schuhgasse 16

Hauswald Lebensmittel / Tabake / Bifore Samen

Markt-Drogerie Arno Kirsten Nachfolger

Schuhhandlung und Bekleidung aller Art

Schuhmacheri für Reparaturen u. Malarbeit

Franz Klöpach, Breite Straße 10

Max Pietzsch Fein- und Weißbäckerei

Preiswerte Qualitätszeugnisse liefert der milchwirtschaftliche Betrieb

„Migeno“ Pirna

Zigarren-Spezial-Geschäft Emil Kuchler

C. HEGEWALD Seife, Str. 30

Bäckerei, Konditorei Karl Gollmar

Hygienische Artikel Gummi-Unterlagen

Hermann Beck Spezialgeschäft für Ofen und Herde

Albert Sachse Feinbäckerei

Preiswerte Schuhe J. Ackermann

Paul Petau Tischlerei

PAUL GREGOR Schuhgasse 14/15

Haus- und Küchengeräte A. Zenner

Hüte, Mützen und alle Arten Mischgüter

Bierhandlung Oskar Fuchs Nachf.

Albert Hölzel Töpfermeister

Oskar Fuchs Nachf. Drogeriehandlung

Fritz Gerstenberger Glaserei und Porzellanerei

Paul Walther, Feinbäckerei

Kurt Noack Bierhandlung

Hugo Facker, Schuhgasse 18

Richard Moal Zeitschriften

But'er JUTTLER'S Dohnaische Str. 81

Georg Hemel Feinbäckerei

Bleyle-Kleidung Wollwaren

Richard Bohrmann, Dohnaische Str. 11

Emil Jähngen Fahrradherstellung

Alfred Schmücker Kleiderstoffe

Pirna Cospitz

Fleisch- und Wurstwaren

Gasthaus Erbgericht

Hanne Dröher Hauptplatz 16

Brot-, Weiß- u. Feinbäckerei

Dr. v. Weiß- u. Feinbäckerei

Karl Adler, Hauptplatz 11

Gasthof zum Hirsch

Richard Worm Fleisch- u. Wurstwaren

Drogerie „Zum Fuchs“

Maria v. Müller Nachf. Pilsener Dornis

Pirna-Jessen

Frau Richter Textilwaren

Bergdielehobel Gasthof Goldener Stern

Hummelmühle Edl das kräftige Hummelmühlen-Brot

Königstein Hotel- und Restauration

Kreuz-Drogerie

Schandau Otto Heidrich

Franz Heick Witwe

Sporthaus Hering

Trinkt Sigl-Mineralwasser!

Posta

Tropf, Forster, Pirna-Post u. Mochelna

Gasthof u. Metzgerei Winzerhaus

Polstermöbel - Lederwaren

Glashütte

Alfred Krause, Konfektion

Schnitz

Lebensmittel und Süßfrüchte

Joseph Pankratz

Willy Roltzsch, Hergtswalder Str.

Kreisch

Feinbäckerei u. Café Emil Wähler

Walter Gerlach, Kreische

Lebensmittel - Postermöbel

Pratzschwitz

Gasthof Pratzschwitz

Lodwitz

Alfred Melchner, Poststraße 116

MARTIN ROSSIG

Dahmanns- u. B. Schanda

Kurt Zährich

Heidenau

Modewarenhaus Otto Hickmann

Besucht die Lichtspiele Heidenau

Brohmans Bäckerei, Café u. Weinstuben

Eisenwaren

Fahrräder Nähmaschinen

Königs-Drogerie u. Photohaus

Arbeitskleidung / Textilwaren

Sofas - Matratzen

Heidenau-Tommern

Heidenau Großschlitz

Dohna

Besucht die Hirsch-Lichtspiele!

Brot- und Feinbäckerei

Molkereiprodukte

Fahrradhandlung u. Reparatur

Heidenau Nord

Wilhelm Tiederich

Rauhaus Weiss

Textil- und Webwarenhaus

Pillnitz

Zschadwitz

Lichtspiele Zschadwitz

ALFRED STEIN

Balhaus, Gasthof Meublitz-Zschadwitz

Fahrräder, Motorräder

Explosiv- u. Metallwaren

Schuh- u. Schuhwaren

Sofas, Matratzen, Reformbetten

Kaufhaus Dietrich

Kurt Dittus

Charles Bauer

Carl Meißner

Gasthof zum Hirsch

Niederschlitz

Hermann Wehles Co.

Wittberg

Schubertstraße

Gasthof-Druckerei

Dr. v. Müller

Drogerie am Lockwitzbach

Spezial-Haus

Zschieren

Wittberg u. Reichel, Kolonialwaren

Wittberg u. Reichel

Birkwitz

Wittberg u. Reichel

Gorkwitz bei Dohna

H. Riehl u. Wurstwaren

Dresden-Dobritz

Dresden-Strehlen

Dresden-Luben

Uhrmacher Max Klopfer

Lebensmittelgeschäft

Dresden-Modritz

Brot-, Weiß- und Feinbäckerei

Textil- und Modewaren

Dresden-Gostritz

Brot-, Weiß- und Feinbäckerei

Großpostwitz

Erich Hauffe, Bäckerei

Uhren und Goldwaren

Hornitz

Wittberg u. Reichel

Gasthaus zum Fuchs

Heidenau

Julius Gröber

Josef Zumer

Freital-Poitschappel

Schuhhaus Grabe
Verkaufsstelle für
Schuhwaren der Firma
L. Neustadt

Stahlwaren, Schleiferei
Spezialgeschäft R. Richter
Untere Dresdner Straße 76

Carl Paul
Inh.: Walter Haer
Untere Dresdner Straße 56
Manufaktur- und
Modewaren

Bürowaren, Haus- u. Küchengeräte
Kosle Köhler
Untere Dresdner Straße 62

Hnulik
Das führende
Herren-Moden-Haus
74, Rabolt / gegenüb. d. Holzmühle

Wäsche- und Wäschewaren
Witz Scharf, Teichstraße 19

Leber - Helle - Därme
Julius Arnold
Untere Dresdner Straße 94

Max Kötter, Kolonialwaren, Getreidem.,
Dietrich Neumann, Berlin, Mühlentorstr. 51

Glückauf-Schänke
Witz Scharf, Mühlentorstr. 10

Molkerei Walther
Felix Köhler, Hauptstraße 109

Frauenkleiderei
Witz Scharf, Mühlentorstr. 107

Lehrstuhl- und Motorradhandlung
Witz Scharf, Mühlentorstr. 107

Minerale und Wachstücker, Rohner-
maße, Pop und Pop-Cel
Vad- und Nachbauhaus „Empressa“

Restaurant und eigene K. (Kegel)
Witz Scharf, Mühlentorstr. 106

Witz Scharf, Mühlentorstr. 106

Witz Scharf, Mühlentorstr. 106

Kurt Knobloch, Burgker Str. 44
Zigaretten, Zigaretten- u. Tabak-Spezialgeschäft
am Hofhaus

Witz Scharf, Mühlentorstr. 106

Witz Scharf, Mühlentorstr. 106

Witz Scharf, Mühlentorstr. 106

Witz Scharf, Mühlentorstr. 106

Witz Scharf, Mühlentorstr. 106

Witz Scharf, Mühlentorstr. 106

Witz Scharf, Mühlentorstr. 106

Witz Scharf, Mühlentorstr. 106

Witz Scharf, Mühlentorstr. 106

Witz Scharf, Mühlentorstr. 106

Witz Scharf, Mühlentorstr. 106

Witz Scharf, Mühlentorstr. 106

Belge
Herrenartikel
Schirme
S. Lorenz
Am Markt 1

Kolonialwaren, Feinkost
Bruno Schubert
Schulstraße, Ecke Hauptstraße

Witz Scharf, Mühlentorstr. 106

Lebensmittel
Hellmuth Pilz
vordem Straße 60

Witz Scharf, Mühlentorstr. 106

Witz Scharf, Mühlentorstr. 106

Vorteilhafte Einkaufsquelle
Bruno Köper
Untere Dresdner Straße 104

Witz Scharf, Mühlentorstr. 106

Witz Scharf, Mühlentorstr. 106

Kaufhaus Fortuna
Obere Dresden Straße 111

Witz Scharf, Mühlentorstr. 106

Witz Scharf, Mühlentorstr. 106

Witz Scharf, Mühlentorstr. 106

Witz Scharf, Mühlentorstr. 106

Witz Scharf, Mühlentorstr. 106

Witz Scharf, Mühlentorstr. 106

Witz Scharf, Mühlentorstr. 106

Witz Scharf, Mühlentorstr. 106

Witz Scharf, Mühlentorstr. 106

Witz Scharf, Mühlentorstr. 106

Witz Scharf, Mühlentorstr. 106

Witz Scharf, Mühlentorstr. 106

Witz Scharf, Mühlentorstr. 106

Witz Scharf, Mühlentorstr. 106

Witz Scharf, Mühlentorstr. 106

Witz Scharf, Mühlentorstr. 106

Witz Scharf, Mühlentorstr. 106

Witz Scharf, Mühlentorstr. 106

Witz Scharf, Mühlentorstr. 106

Witz Scharf, Mühlentorstr. 106

Gansauge
Manufaktur- und Modewaren, Herren-, Damen-
und Kinderkleidung, Linoleum, Schuhwaren,
Gardinen, Bettfedern
Hauptstraße 36

Döhlener Hof
„Zur roten Schanze“
Beratungsbüro für
Arbeiterkassen

Witz Scharf, Mühlentorstr. 106

B. C. Ballsäle
Cobmannsdorf
Schüler Weg 10

Witz Scharf, Mühlentorstr. 106

Witz Scharf, Mühlentorstr. 106

Witz Scharf, Mühlentorstr. 106

Witz Scharf, Mühlentorstr. 106

Witz Scharf, Mühlentorstr. 106

Witz Scharf, Mühlentorstr. 106

Witz Scharf, Mühlentorstr. 106

Witz Scharf, Mühlentorstr. 106

Witz Scharf, Mühlentorstr. 106

Witz Scharf, Mühlentorstr. 106

Witz Scharf, Mühlentorstr. 106

Witz Scharf, Mühlentorstr. 106

Witz Scharf, Mühlentorstr. 106

Witz Scharf, Mühlentorstr. 106

Witz Scharf, Mühlentorstr. 106

Witz Scharf, Mühlentorstr. 106

Witz Scharf, Mühlentorstr. 106

Witz Scharf, Mühlentorstr. 106

Witz Scharf, Mühlentorstr. 106

Witz Scharf, Mühlentorstr. 106

Witz Scharf, Mühlentorstr. 106

Witz Scharf, Mühlentorstr. 106

Witz Scharf, Mühlentorstr. 106

Witz Scharf, Mühlentorstr. 106

Witz Scharf, Mühlentorstr. 106

Witz Scharf, Mühlentorstr. 106

Central-Apotheke
Allopathie - Homöopathie
Biochemie
Anfertigung sämtlicher Rezepte
Lieferant für alle Krankenkassen

Witz Scharf, Mühlentorstr. 106

Witz Scharf, Mühlentorstr. 106

Witz Scharf, Mühlentorstr. 106

Witz Scharf, Mühlentorstr. 106

Witz Scharf, Mühlentorstr. 106

Witz Scharf, Mühlentorstr. 106

Witz Scharf, Mühlentorstr. 106

Witz Scharf, Mühlentorstr. 106

Witz Scharf, Mühlentorstr. 106

Witz Scharf, Mühlentorstr. 106

Witz Scharf, Mühlentorstr. 106

Witz Scharf, Mühlentorstr. 106

Witz Scharf, Mühlentorstr. 106

Witz Scharf, Mühlentorstr. 106

Witz Scharf, Mühlentorstr. 106

Witz Scharf, Mühlentorstr. 106

Witz Scharf, Mühlentorstr. 106

Witz Scharf, Mühlentorstr. 106

Witz Scharf, Mühlentorstr. 106

Witz Scharf, Mühlentorstr. 106

Witz Scharf, Mühlentorstr. 106

Witz Scharf, Mühlentorstr. 106

Witz Scharf, Mühlentorstr. 106

Witz Scharf, Mühlentorstr. 106

Witz Scharf, Mühlentorstr. 106

Witz Scharf, Mühlentorstr. 106

Witz Scharf, Mühlentorstr. 106

Witz Scharf, Mühlentorstr. 106

Witz Scharf, Mühlentorstr. 106

Freital-Döhnen
Schmiedeberg
Witz Scharf, Mühlentorstr. 106

Witz Scharf, Mühlentorstr. 106

Witz Scharf, Mühlentorstr. 106

Witz Scharf, Mühlentorstr. 106

Witz Scharf, Mühlentorstr. 106

Witz Scharf, Mühlentorstr. 106

Witz Scharf, Mühlentorstr. 106

Witz Scharf, Mühlentorstr. 106

Witz Scharf, Mühlentorstr. 106

Witz Scharf, Mühlentorstr. 106

Witz Scharf, Mühlentorstr. 106

Witz Scharf, Mühlentorstr. 106

Witz Scharf, Mühlentorstr. 106

Witz Scharf, Mühlentorstr. 106

Witz Scharf, Mühlentorstr. 106

Witz Scharf, Mühlentorstr. 106

Witz Scharf, Mühlentorstr. 106

Witz Scharf, Mühlentorstr. 106

Witz Scharf, Mühlentorstr. 106

Witz Scharf, Mühlentorstr. 106

Witz Scharf, Mühlentorstr. 106

Witz Scharf, Mühlentorstr. 106

Witz Scharf, Mühlentorstr. 106

Witz Scharf, Mühlentorstr. 106

Witz Scharf, Mühlentorstr. 106

Witz Scharf, Mühlentorstr. 106

Witz Scharf, Mühlentorstr. 106

Witz Scharf, Mühlentorstr. 106

Witz Scharf, Mühlentorstr. 106

Witz Scharf, Mühlentorstr. 106

Freiberg
Witz Scharf, Mühlentorstr. 106

Witz Scharf, Mühlentorstr. 106

Witz Scharf, Mühlentorstr. 106

Witz Scharf, Mühlentorstr. 106

Witz Scharf, Mühlentorstr. 106

Witz Scharf, Mühlentorstr. 106

Witz Scharf, Mühlentorstr. 106

Witz Scharf, Mühlentorstr. 106

Witz Scharf, Mühlentorstr. 106

Witz Scharf, Mühlentorstr. 106

Witz Scharf, Mühlentorstr. 106

Witz Scharf, Mühlentorstr. 106

Witz Scharf, Mühlentorstr. 106

Witz Scharf, Mühlentorstr. 106

Witz Scharf, Mühlentorstr. 106

Witz Scharf, Mühlentorstr. 106

Witz Scharf, Mühlentorstr. 106

Witz Scharf, Mühlentorstr. 106

Witz Scharf, Mühlentorstr. 106

Witz Scharf, Mühlentorstr. 106

Witz Scharf, Mühlentorstr. 106

Witz Scharf, Mühlentorstr. 106

Witz Scharf, Mühlentorstr. 106

Witz Scharf, Mühlentorstr. 106

Witz Scharf, Mühlentorstr. 106

Witz Scharf, Mühlentorstr. 106

Witz Scharf, Mühlentorstr. 106

Witz Scharf, Mühlentorstr. 106

Witz Scharf, Mühlentorstr. 106

Witz Scharf, Mühlentorstr. 106

Trinkt einheimische Getränke
Bürgerliches Brauhaus, Freiberg
J. Piller, Böhmisches Brauhaus, Freiberg

Arbeiter, besucht die
Astoria-Lichtspiele
Am Markt

Witz Scharf, Mühlentorstr. 106

Witz Scharf, Mühlentorstr. 106

Witz Scharf, Mühlentorstr. 106

Witz Scharf, Mühlentorstr. 106

Witz Scharf, Mühlentorstr. 106

Witz Scharf, Mühlentorstr. 106

Witz Scharf, Mühlentorstr. 106

Witz Scharf, Mühlentorstr. 106

Witz Scharf, Mühlentorstr. 106

Witz Scharf, Mühlentorstr. 106

Witz Scharf, Mühlentorstr. 106

Witz Scharf, Mühlentorstr. 106

Witz Scharf, Mühlentorstr. 106

Witz Scharf, Mühlentorstr. 106

Witz Scharf, Mühlentorstr. 106

Witz Scharf, Mühlentorstr. 106

Witz Scharf, Mühlentorstr. 106

Witz Scharf, Mühlentorstr. 106

Witz Scharf, Mühlentorstr. 106

Witz Scharf, Mühlentorstr. 106

Witz Scharf, Mühlentorstr. 106

Witz Scharf, Mühlentorstr. 106

Witz Scharf, Mühlentorstr. 106

Witz Scharf, Mühlentorstr. 106

Witz Scharf, Mühlentorstr. 106

Witz Scharf, Mühlentorstr. 106

Witz Scharf, Mühlentorstr. 106

Witz Scharf, Mühlentorstr. 106

Witz Scharf, Mühlentorstr. 106

Witz Scharf, Mühlentorstr. 106

Witz Scharf, Mühlentorstr. 106

Witz Scharf, Mühlentorstr. 106

Witz Scharf, Mühlentorstr. 106

Witz Scharf, Mühlentorstr. 106

Witz Scharf, Mühlentorstr. 106

Dyterhoff & Widmann als Tarifbrücker

Wenn kein Vergleich geschlossen wird...

Vom Arbeitsamt Dresden wurden die Schlosser Träger und Litzmann als Tarifbrücker zur Firma Dyterhoff & Widmann „abkommandiert“ und wurden an der im Haus befindlichen hydraulischen Speicherpumpe in Niederwasser als Tiefbauarbeiter für 1,02 M Stundenlohn arbeiten. Am zweiten Tage ihrer Tätigkeit erfolgte die Einstellung aller Neulinge nach Verufen, und Träger und Litzmann kamen als gelehrte Schlosser in die Werkstatt, erhielten aber nur den Lohn als Tiefbauarbeiter. Auf ihr mehrmaliges Drängen hin wurde der Stundenlohn auf 1,12 M „erhöht“, während der Tarif 1,30 M bestimmt. Da ihnen dieser nicht genügt wurde, folgten beide dem Differenzbetrag unter dem Pseudonym des TWRB beim Arbeitsgericht ein, und zwar Träger 128,61 M und Litzmann 71,42 M. Der Syndikus der Beklagten, ein Herr von Zsch. witz, vertrat mit seiner uns nicht mehr unbekanntem Methode, die Zuständigkeit des Arbeitsgerichts anzuzweifeln, um so die Klage ins Wasser fallen zu lassen. Das Gericht folgte aber den Argumenten des Klagenvertreters Fischler vom TWRB und der Syndikus machte keine, mit großem Vorbehalt und einer gehörigen Portion Selbstweidmütigkeit vorgetragene „Einsprüche“ fallen lassen, und so konnte in die Verhandlung eingetreten werden. Zwei Kollegen der Kläger und der Werkmeister Engelhardt der Firma sollten als Zeugen ausfragen, ob die Tätigkeit der Kläger die eines Schlossers gewesen sei. Die beiden Kollegen bestätigten dies. Es seien 2 M vom den Klägern Papier ausgegeben, Kisten eingekauft, Gewinde geschliffen worden usw. Für welche sei ihnen (den Zeugen) 1,30 M Stundenlohn vergütet worden. Der Werkmeister machte dies ebenfalls bestritten. Als getreuer Prüfer einer besten glaubte er aber, als gelehrter Zimmermann, auch als Sachverständiger für Schlosserarbeiten aufzutreten zu können, indem er unter dem Gesichtswinkel anwesender Sachleute erklärte, dies seien keine Schlosserarbeiten.

Das Gericht zog sich darauf zur Beratung zurück. Nach Rücksicht verlor es durch Rücksicht des beklagten „Vergleichs“ das Unternehmerrisiko an Lehmann, indem es den Klägern nachsichtig, mit 90 bzw. 50 M zuzulassen zu sein und auf den Rest zu verzichten. Der Firma war dies anscheinend ungenügend und den Klägern zu wenig, feiner wollte anbelohnen und man versuchte zu handeln. Große Mühe um den „Vergleich“ gab sich vor allem der Arbeitsschlichter, zu seiner Arbeitserichte sei es ausdrücklich festgelegt. Endlich bereitete unter Gen. Träger die Situation und ließ durch seinen Vertreter erklären, daß er auf das Urteil behände. Danach wurde die Firma zur Zahlung von 128,61 M an Träger und 71,42 M an Litzmann verurteilt. (Arbeiterfortschrittsbewegung 1752)

Berliner Maschinenbauer gegen Ausschlußterror

Am 10. November fand in den Berliner Kammerläden eine Verammlung des Brandenburgischen Maschinenbauvereins statt, die zu den unerhörten Ausschüssen im Buchdruckerhandwerk Stellung nahm. Großen Beifall fanden die Ausführungen eines der Ausschüßenen. In der Diskussion wurde überhaupt in härtesten Worten gegen die Terrormaßnahmen der Verbandshilfsratte gelprochen.

Mit überwältigender Mehrheit wurde folgende Resolution angenommen:

„Die am 18. November 1929 tagende Verammlung des BVMV verurteilt die Ausschüsse oppositioneller Kollegen, unter anderem der oppositionellen Betriebsratsmitglieder der Reichsbank, unter denen sich auch der Maschinenbauer Goldmann befindet.“

Der Beweis, daß die Kollegen verbandsschädigend gehandelt haben, läßt sich erbracht. Den ausgeschlossenen Kollegen verweigert die Mitglieder des BVMV unerhörliche Sympathie und verlangen Rücknahme der Ausschüsse.“

Der Baugewerksbund benutz 13jährigen Maurerlehrling als Spieß

Am letzten Freitag fand eine von der revolutionären Opposition des Baugewerksbundes einberufene Verammlung in Dresden statt, in der der Genosse Wehnert über den Spaltungsakt der Reformisten und über den Reichsfortschritt der Gewerkschaftsopposition referierte. Genosse Wehnert zeigte in seinem Referat die schamlose Rolle der reformistischen Bürokratie auf, die heute vor nichts mehr zurückschreckt, um ihre sozialchauvinistische

imperialistische Politik durchzuführen zu können. Massenarbeit läßt sie Genossen aus und spaltet die Gewerkschaften. Beim Wahlgeleit in Berlin hat die reformistische Bürokratie ganz brutal ihr Gesicht gezeigt und trat als Streikbrecheragentur auf. Die Vorgänge bei den Berliner Zimmerern und bei den Bauarbeitern in Dresden verpflichten die Arbeiter zu verstärktem Kampf gegen die Lafaien der Reutgroße. Auf allen Baustellen müssen die Bauarbeiter und Zimmerer zu dem am 30. November und 1. Dezember stattfindenden Reichsfahrt der revolutionären Gewerkschaftsopposition Stellung nehmen und Delegierte entsenden.

Nach dem Genossen Wehnert sprach ein englischer Genosse, der der Verammlung die Grüße des Zentralkomitees der englischen Kommunistischen Partei überbrachte.

Hierauf referierte der Genosse Paul Grunert über die bevorstehende Stadtratswahl. In einem guten instruktiven Referat zeigte er die Vorgänge in dem Dresdener Rathaus auf und wies nach, daß nur die Kommunisten die Interessen der Arbeiter rücksichtslos vertreten haben.

Den Referaten schloß sich eine lebhafteste Diskussion an. Einmütig gelangte in der Verammlung eine Resolution zur Annahme, die sich gegen den reformistischen Spaltungsakt wendet und sich für den Reichsfortschritt der Gewerkschaftsopposition ausspricht.

Die Reformisten, selbst zu feige der Opposition entgegenzutreten, sandten nach dem Vorbild der Polizei einen Spieß, in der Person des

13jährigen Maurerlehrlings Reichelt,

dessen Vater Funktionär des Baugewerksbundes ist. Der Junge hätte ungelächliche keine Sache ganz gut gemacht, wenn die Opposition nicht aufspricht hätte. So aber ließ man ihn ruhig das Recht des Genossen Wehnert Renegatieren und auch die Disziplinstrafen aufheben, die ja für die Konzeption von belandem Wert gemessen wären. Reichelt nahm diese sehr genau auf. Man brachte neues Ausschlußmaterial auf dem Wege des TWRB. Ränge behütet wird es aber bei den Reformisten gegeben haben, als ihnen ihr Beauftragter erklären mußte, daß sich das Stenogramm in den Händen der Opposition befindet. Es kommt bei den Reformisten eben meistens anders als sie denken und darum wäre es besser für sie, sie würden selbst in die Verammungen kommen und nicht Reicheltlosungen anwenden. Dieses Vorgehen aber zeigt die ganze Oberflächlichkeit dieser Gewerkschaft.

Der vergnügungslustige Fabrikarbeiterverband

Bei jeder Lohnbewegung legen die Reformisten, es sei sehr Geld für Kämpfe vorhanden. Wenn man allerdings das letzte Rundschreiben der jährliche Dresden des Fabrikarbeiterverbandes zur Hand nimmt, wird man eines anderen belehrt. Dort werden die Kollegen, die über 25 Jahre Mitglied der Organisation sind, aufgefordert, sich zu erklären, ob sie an einer Jubiläumfeier teilnehmen wollen. Nach dem Stenogramm, das die Reformisten fertiggestellt haben, soll es dort hoch hergehen. Reden und die neimenbige Zahl von Biermatten ist für die Veranstaltung. Wie muß den alten Gewerkschaftsmitgliedern zumute sein, zu einem Jubiläumfest aufgefordert zu werden von einem Bürokratie, die hoch alle Grundzüge, die bei der Gründung der Organisation maßgebend waren, preisgegeben hat und die heute ihre Aufgabe darin erblickt die Kollegen, welche noch auf dem Feldern des Gründungsprogramms leben, als Organisationsmaßnahme aus der Organisation ausschließen. Die revolutionäre Gewerkschaftsopposition hat mit solchen Jubiläumveranstaltungen nichts zu tun. Ihr Kampf gilt der reformistischen Bürokratie und der Vorbereitung des Reichsfortschrittes der Gewerkschaftsopposition. (Arbeiterfortschrittsbewegung 1720)

Oppositionelle Metallarbeiter!

Sonnabend den 16. November 19 Uhr im Restaurant Gensfelder, Raubschützstraße, wichtige Sitzung aller aus dem Deutschen Metallarbeiterverband ausgeschlossenen oppositionellen Kollegen. Jeder ist verpflichtet, zu erscheinen.

Veranstaltet im Gasthof und Gewerkschaftlichen Werkstatt, im Berliner Stadtteil Prenzlauer Berg, im Restaurant Gensfelder, Raubschützstraße 17. - Prof. Wenzel, Dresden, Vorsitzende

Unfähigkeit eines reformistischen Gewerkschaftsvertreters

Klage abgewiesen, weil...

Einen für die Kläger unerwarteten Ausgang nahm die vor dem Arbeitsgericht anhängige Klage der Arbeiter Schädel und Häfer gegen die C. I. S. GmbH. Wegen unbilliger Härte bei ihrer Entlassung wurde dem Betriebsrat dem eingeleiteten Einspruch stattgegeben. Da sich die Firma nicht zur Wiedereinstellung bereit erklärte, klagten die Arbeiter und verlangten Wiedereinstellung und Entschädigung von 620 bzw. 540 Mark. Schon nachträglich in früheren Terminen kam die Klage im letzten Termin mit dem neuen Einspruch, über dem Einspruch der Kläger bis gar nicht formgerecht verhandelt worden, denn der Betriebsrat habe keine Entschädigung über den Einspruch der Betriebsleitung gut nicht vorgebracht. So machte das Gericht sich festhalten, ob die unzulässigen Voraussetzungen der formrechtlichen Entschädigung auf Grund des Betriebsratsgesetzes erfüllt seien. Als erster Zeuge hierzu wird der Betriebsratsvorsitzende Schädel gehört. Im Namen Ausschüßenen, die auf ein gutes Erinnerungsverständnis schließen lassen, schildert er seinen Vorwurf, dem Betriebsleiter Schädel als Vertreter der Betriebsleitung das Ergebnis der Betriebsratsentscheidung über den Parteigebenen Einspruch der Kläger mitzuteilen. Der Schädel habe aber verweigert, daß sich für ihn die Angelegenheit erledigt habe. Der Betriebsleiter Schädel sagt als Zeuge

direkt das Gegenteil aus. Danach sei Schädel in der geleisteten vorgeschriebenen Art von fünf Tagen nie bei ihm gewesen, und wegen den Klägern vorzeitig geworden. Was dem dritten Zeugen, dem 2. Betriebsratsvorsitzenden Stammer ist das Entscheidende nicht herauszubekommen. Hier verlagte nun vollständig der reformistische Gewerkschaftsvertreter vom Fabrikarbeiterverband, Wehnert, wie ihm vom Gerichtsvorsitzenden mehrmals die Anregung dazu gegeben wurde, dem Zeugen sich bestätigen zu lassen, daß Schädel tatsächlich mit dem Betriebsleiter über den Einspruch verhandelt hat, sich dieser stets die Karte lausen und war einfach der Verhandlung nicht mehr erschienen. Nach langer Beratung teilte der Gerichtsvorsitzende mit, daß die Klage abgewiesen werden würde, da die gesetzlichen Normen beim Einspruch nicht gemacht seien. (!!) Trotzdem aber Kuslage gegen Kuslage kam, fiel die „Klage der Berechtigten“ zugunsten der Firma. Um die Kosten zu sparen, wurde die Klage zurückgezogen.

Sollte die reformistische Gewerkschaftsbürokratie trotz ihrer vielen Arbeit mit dem Ausschluß oppositioneller Kollegen noch Zeit finden, ihren Arbeitsgerichtsvertretern arbeitserfüllenden Unterstützung zu erteilen, so würde sie ihrer Mittellohigkeit weitestgehende Dienste leisten, als mit ihrer sich nur zum Schaden der Arbeiterbewegung auswirkenden Spaltungspolitik. (Arbeiterfortschrittsbewegung 1753)

G. BEJLYON & L. PANTELEJEV 26

SCHKID DIE REPUBLIK DER STROLCHE

Eines Tages kam er in die dritte Abteilung und ging wie aus Langeweile im Zimmer auf und ab. Die auf ihre Ehre höchst bedachten Strolche konnten sich eine bezartige Freiheit nicht gefallen lassen: Wer? Ein Knirps aus der zweiten Abteilung wollte es, daß in ihrer Klasse ohne dringende Notwendigkeit herumzutreiben? Sjasjonow hatte für sie keinerlei Bedeutung, deshalb waren sie mit ihm fast angedunden. „Was willst du hier?“ donnerte ihn Stomonow an. „Kengilich sag Sjasjonow den Kopf zwischen die Schultern.“ „Nichts, Jigunerschen. Ich bin einfach so hierhergekommen.“ „So! Hat dich denn jemand gerufen?“ „Nein.“ „Nein? Dann hau ab. Dort ist die Tür. Und mach, daß du dich hier nie wieder ohne Grund jeht.“ „Was ist denn weiter dabei?“ „Ich dachte... ich dachte dich.“ „... murrte Sjasjonow.“ „Was hast du gedacht?“ „Ich dachte, ihr habt Hunger. Wollt du Brot, Jigunerschen?“ „Ich dachte nicht, mein damit.“ „Miktraulich sag ich Jigunerschen an.“ „Sag mal der! Was mal leben.“ „Bei dem Worte „Brot“ behaupten die Schläfer Hets auf. Geizhalsig holte Sjasjonow aus der Kuchentafel ein Viertel Brot und gab es Stomonowem.“ „Hast du noch?“ fragte Japs und trat an Sjasjonow heran. „Ich halte mit demselben Hets ein anderes Viertel heron.“ „Kannst es bekommen. Ich bin nicht ja.“ „Sag mir auch“, sprang Spach hinzu und auch Stamonow und Strolchanten kredenzte die Hand aus. Sjasjonow gab jedem von ihnen ein Stück. „Was aber auch Hets und Gooze daselbst, perzog er das Gesicht und sagte abschätzend.“ „Ich hab nichts mehr.“

Die kleine Spinne mitterts leiert, daß Gooze und Hets einflußlose Leute waren, und hielt es für überflüssig, sich übertrieben in Umfassen zu häufen. „Jetzt behandeln die Jungen Sjasjonow schon viel gnädiger.“ „Kannst Hets kommen“, lachte Jigunerschen. Seine Antwort war ermahnt: „Er hätte wenigstens... hätte man doch dich ein bisschen gehört, um Tee zu trinken.“ Sjasjonow war entschlossen, die Großen erbahlig zu befragen. „Ich hab auch gehört, Wer will?“ „Das ist richtig“, meinte Japs voller Stausen. „Wir wollen alle Tee trinken.“ Sjasjonow trat ihnen Knostörungen. „Ich Kueja! Kosenem! Holt Tee aus der Küche. Rast auch von Maria Tassen geben. Die Strolche bitten darum.“ „Kueja und Kosenem bitten ihnen an der Tür gemortet. Auf das erste Kommando sollten sie los.“ „Nicht Minuten später sollte die erste Klasse ein Ast. In den Kleinsten dampfte heißes Wasser. Auf den Tischten lag Brot und Scharin. Die Jungen schmeigten mit Hingabe. Sjasjonow ging zufrieden umher, rieb sich die Hände und schmeigte das alles. „Hst nur, Junge. Mit gutem Kameraden teil ich gerne. Ich bin bereit, auch immer zu helfen. Wenn ihr Hts haben wollt, schickt nur immer zu mir. Ich habe immer was. Ich bin nicht geizig.“ „Hst, Gut, Keine Angst. Wir beziffen dich nicht“, ermahnte ihn Japs und kopfte sich den Kopf so. „So wurde die dritte Abteilung erobert.“ Jetzt war Sjasjonow beruhigt. Zwei bedruckte der Unterhalt ist einer ganzen Klasse in der ersten Zeit einen großen Verlust für ihn, dafür aber gemindert die Großen an sich. Brot bedeutet damals Nacht. Sjasjonow hatte Brot. Alle sangen alles noch leiser. Die Großen wurden allmählich keine Ordparde. Er hatte sich ein neues, mächtiges Gefolge geschaffen. Anfangs hieß es den Großen kaum auf. Es kam tegenweise ganz von selber, daß Sjasjonow Hets unter ihnen war. Es schien ihnen, daß nicht sie Sjasjonow folgten, sondern er ihnen. Aber eines Tages wurde Stomonow durch ein Schimpfwort häufig gemacht, das ihm ein Knirps der ersten Klasse mit unbeherrschbarer Verachtung an den Kopf warf. „Hast du gehört?“ sagte er zu Japs. „Die Kleinen nennen uns Spielkellner. Sie sagen, wir dienen dem Sjasjonow.“

„Nicht haben die Bienen.“ Japs perzog schmerzhaft das Gesicht. „Das kommt ganz richtig. Wir haben es selber nicht gemacht, doch wir Spielkellner geworden sind. Es heißt! Wie aber Schluß machen?“ „Der Schluß der uns an das alte Leben gemöhnt...“ Die Großen fanden sich bald mit ihrer Rolle ab. Sie merkten es bemerkt, an ihrer Schmach zu denken. Nur Jankel besaß eine Unabhängigkeit. Sein Verhältnis zu dem Bucherer wurde ihm höchsten besten. Das Brot gab ihm die Ehrentafel. Er war Küchenmeister. Er sollte Sjasjonow Hets nicht nötig. Er hatte sein eigenes. Aber langweilig empfand er doch unwillkürlich Achtung vor der mächtigen Spinne. Er bewunderte die Geschicklichkeit, mit der Sjasjonow sich die ganze Schick unterwarf. Er mußte sagen, daß das ein perfekter Kell war, verding aber keine Bewunderung langweilig. Inzwischen bereichte Sjasjonow jetzt letzte Offenheit vor, um seine Nacht erbahlig zu führen. Die dritte Abteilung war noch unabhängig. Die mußte er unter sein Joch bekommen. Sie war die dritte zu füttern, wäre unermüdlich und unerschrocken gewesen, sie war die erste in Schülern zu verkräften, wäre nicht einfach gewesen. Die Klasse war nicht so kumm, ich für ein Viertel Brot ein Viertel Hets zu lassen. Gegen die dritte Abteilung ging er deshalb mit einer ganz neuen Welle vor. Nach dem Unterricht versammelten sich die Schläfer gewöhnlich in ihrem „Klub“, um zu plaudern und zu tauchen. In der Schick gab es zwei Klubs, die Zwette in der oberen und die in der unteren Etage. Die obere Etage war besser. Sie war prächtiger, dunkler und eingerichteter lauter. Früher hatte hier eine Kuchentafel gestanden. Sie war denn entfernt worden, und nur die Kuchentafel und die Kleinsten waren übrig geblieben. Hier konnte man sich mit einigen Kameraden aufhalten, vor allem riskierte man sich mit dem Knirps, beim Rauchen zuzwängen zu werden. In den Toiletten herrschte Hets reges Leben und warme Gemütlichkeit. Rauchwolken dampften das Licht des Lämpchens in der Ecke. Man unterließ sich ungetrag. Es war richtig. Auf den Gesichtern teilten die Schläfer nicht.

Unsere Spielwaren-Ausstellung

ist eröffnet!

Wir laden unsere Mitglieder zur Besichtigung ein

Konsumverein Vorwärts

Große Zwingerstraße 12-14



Hör, diese letzte Stunde hat geschlagen! Darf ich dies noch nach einem Wundere fragen? Nur eine Bitte: Nehmen Sie diese kleine Karte, spende mit noch eine Flasche SOLER-WEIN!

F. SOLER Wettinerstraße 48
Wilsdruffer Str. 19

Deutscher Baugewerksbund
Sektion der Kalk- und Ziegelträger Dresdens

Nachabend, den 16. November 1929, im Puppentheater Dresden-Lustig

5. Stiftungsfest

Heuteabend aus humoristischen Vorträgen, Jahrestempel und Ball. Anfang 19 Uhr, Ende die andere Woche. Mitglieder, deren Angehörige, Gäste sind herzlich eingeladen, vom Vergeltungsgesellschaft.

Ausführung aller Bautischer- und Glasarbeiten / Wohnungseinrichtungen und Einzelmöbel jeder Art
Karl Thiele, Tischlermstr.
Pirna-Copitz, Rohmeyer Straße 4

Ämliche Bekanntmachung

In der Stadt Dohna findet die Wahl von 17 Stadtverordneten am Sonntag den 17. November 1929 von 9 bis 14 Uhr.

Die Stadt wird in 2 Wahlbezirke eingeteilt.
Der 1. Bezirk umfasst:

Kanton: Doppelstadt, Dresden, Georg, Heidenauer Straße, Siedlung, Friedstraße, Markt, Mühlweg, Behalag, Marie, Pirnaer Straße, Klein, Koppden, Schulstraße, Tollenberg, Tollenberg, Weidenauer Straße, Wilsberg, und von der Königstraße die Grundstücke Nr. 10b, 20, 21, 22, 22b, 23 und 24.

Wahlraum: Sitzungssaal des Rathauses
Wahlort: Herr Stadtrat Adolf Häfel
Stellvertreter: Herr Stadtordeener Paul Schöngeler.

Der 2. Bezirk gehören:
Kraugasse, Arenfels, Goethe, Karl-Marx, Carolina, Königstraße (mit Ausnahme der Grundstücke Nr. 10b, 20, 21, 22, 22b und 24), Jerner, Podewitz, Martin-Luther- und Schillerstraße

Wahlraum: Bahnhofgastwirtschaft
Wahlort: Herr Stadtrat Richard Strech
Stellvertreter: Herr Stadtordeener Josef Dämmer.

Die angeführten Wahlortschläge sind ihrer Nummernfolge nach bereits veröffentlicht, und zwar wie folgt:

- Nr. 1: Kommunistische Partei Deutschlands, Ortsgruppe Dohna
- 2: Sozialdemokratische Partei Deutschlands, Ortsgruppe Dohna
- 3: Parteilose Mitte
- 4: Christliche Mittelstand
- 5: Bauernvereine
- 6: Vereinigte Arbeiter

Die Wahlortschläge unter Nr. 3, 4, 5 und 6 gelten als verbindliche Listen.

Die Stimmzettel werden amtlich hergestellt und am Wahltag den Wahlberechtigten im Wahlraum ausgeteilt.

Der Wahlberechtigte kennzeichnet in der Wahlzelle auf dem Stimmzettel durch ein Kreuz oder durch Unterschriften oder in sonst erkennbarer Weise, welchem Wahlortschlag er seine Stimme geben will und legt den Stimmzettel in den Umschlag.

Wahlberechtigte, die nach dem 4. November 1929 in Dohna angekommen sind, können Anträge auf Wahlüberweisung noch bis Donnerstag den 14. November 1929 im Wahlamt des Rathauses zu Dohna stellen.

Wahlzettel werden für die Stadtverordnetenwahl nicht ausgehändigt.
Wählen kann jedoch nur derjenige Wahlberechtigte seinen Namen in der Wahlzelle Aufnahme gefunden hat.
Dohna, am 12. November 1929.
Der Wahlleiter,
Herr Bürgermeister.

Schuhhaus
Albin Krieger
Pirna, Langgasse

Geblühterte
Krauschuhe
für Damen und Kinder
fest, solide
Kinderstiefel
Fiz- und Kamelhaar-
schuhe
und Pantofel
schuttenleuch
im streinsten
Wintervorwärt
rücken

Schlager-Preise

Herren-socken 0.39	Herren-schweiß-socken 0.78	Hausfrauen-strümpfe 0.98	Echt ägypt. Mako-strümpfe 0.98	Sport-strümpfe 1.60	Kamelhaar-socken 1.45	Kamelhaar-socken 1.95
Futter-schläpfer 1.65	Selbsterwärmende 2.45	Futter-Herrenhose 2.65	Harnem-Herrenhemd 2.65	Berghem-Männchermemd 2.95	Schlauer-hemd 2.95	Futter-unterrock 4.65
Oberhemd 2.95	Überhemd 3.95	Leinen-Linon 5.95	Wäsche- u. Baumwollhaus			Leinen-Linon 7.95
			Frauenneck			Stangenleinen 8.90
			Schlossergasse 9			10.00

Winter-Joppen

Lederjacken, Motorfahr-Anzüge, Winter-Mäntel
Emil Hohlfeldt, Ritterstr. 2

Haben Sie Stoff!

Anzug oder Mantel
Robert Schultze
Pillnitzerstr. 17, Hinterhaus II

Ferne Fleisch- und Wurstwaren

empfehlen Karl Rariach
Dresden-Alstadt, Mittelstraße 10

Sonderpreise:
Gummihaler, Steilg... 50 Pf.
Schweizerkäse... 50 Pf.
Gute Butter... 1 Pf.
Zeilche Eier... 12 Pf.

M. Leppert, Pirna
Markt und Wallenbaustraße

Restaurant Stadt Dresden

Niedersedlitz
Morgen Freitag Schlachtfest
Hauskirmes

Goldner Löwe Pirna

Morgen Freitag Schlachtfest
Paul Müller, Copitz
Leglerstraße 6, Tel. 652

Holz- u. Kohlen-Handlung

Pionier-Kasernen
Albert Hartwig, Pirna

Lack- und Farben-Spezialgeschäft

Fr. K. Schaal, Hechtstr. 17
Verleihen von Leitern, Streichbürsten und Schablonen

Kohlen und Brikette

Arno Winkler, Neu-Gruppen

Mar Schneider

Pirna, Gartenstraße 35
Oberschlesische Stein- und alle Sorten Brikette

Herrensalon

Marin Dietrich, Pirna

Hauskirmes

am 15., 16. und 17. November 1929 bei
Onkel Willy
Unterhaltungsmusik, Glanzreden, Sockel- und Kuchen. Am 15. und 16. Nov. verlängerte Polizeistunde. Hierzu laden herzlich ein
Onkel Willy und Tante Lenchen

FELLE
Erstklassige
Fahrräder
Mäntel
Schlische
Ketten
Pedale
Lampen
samt. Fahrrad-Zubehör
kauft man am besten bei
Max Schäfer
Pirna, Schlosserg. 9

Gebrennte Kaffees
Spezialität!
Nur von
Louis Winkler
Pirna, Dohnaerstraße 17
Abonnieren die Arbeiterstimme!

Biere
Erstklassig
Erwin Hoffig
Pirna
Alle Dresden'sche
Sohlensauschalt
Schuhmacher-
bedarfsmittel
Willy Reinecke
Pirna, Dohnaerstraße 14

CAPITOL

Freitag bis Montag
Der Graf von Monte Christo
Ein Abenteuerfilmwerk nach dem weltberühmten Roman von
Alexander Dumas
In der Hauptrolle:
Lil Dagover
Das spannendste Abenteuer, das uns der Historiker überliefert, der gewaltigste, gefühlerregende Stoff der Abenteuer-Literatur!
Wochentags: 7 und 9 Uhr
Sonntags: 4, 7 und 9 Uhr